3. Jahrgang / Nr. 247

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 98 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 2. November 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Arbeiter, Genossen, nützt Euer Blatt aus!

Arbeiter, Ihr nützt viel zu wenig die Tatsache aus, daß Ihr ein Blatt habt, das für Euch und nur für Euch da sein soll. Ihr glaubt noch immer, das einfach hinnehmen zu müssen, was unser Blatt Euch bringt, und begreift noch nicht,

daß Euch Euer Blatt zur Verfügung stehen muß.

Das Blatt muß Euch die Möglichkeit geben, das zu sagen, was Ihr sagen wollt, das mitzuteilen, was Ihr denkt und fühlt. Wie oft kommt es vor, daß Ihr irgend etwas erlebt oder wahrnehmt, wobei Ihr Euch denkt:

Das müßte in der Zeitung stehen.

Dann sorgt dafür, daß es auch wirklich in der Zeitung, in Eurer Zeitung steht. Unser Blatt versucht, öffentlich Euer Leben, Eure Sorgen und Eure Leiden zu schildern. Das hat aber, wenn es in mehr oder weniger langweiligen Artikeln geschieht, nicht den tausendsten Teil des Wertes, als

wenn Ihr selbst erzählt, wie Ihr lebt.

Was bei Euch in den Betrieben, in der Werkstätte, im Bergwerk, in Euren Wohnvierteln und Wohnräumen vorgeht, wie Ihr beschimpft, zurückgesetzt, ausgebeutet werdet, wir Ihr Euch zu wehren sucht, wie Ihr sorgt und leidet, was Ihr zu Hause, auf der Straße und bei der Arbeit beobachtet und was Ihr Euch dabei denkt, das ist

hundertmal wichtiger als alles Diplomatengeschwätz.

Wie oft kommt es vor, daß Euch der Zorn übermannt wegen der Demütigungen, die Ihr erdulden müßt. Die Leitung Eurer Fabrik, der Offizier in Eurer Kaserne, der Wucherer auf dem Markt, die vornehmen Herren und Damen, die verachtungsvoll auf Euch herabsehen, täglich lassen sie Euch ihren Uebermut fühlen. Tausend Ungerechtigkeiten habt Ihr zu erdulden, von denen niemand etwas erfährt.

Wozu habt Ihr Euer Blatt?

Jeder, der Euch kränkt, der Euch zu nahe tritt, soll wissen, daß Ihr in Eurem Blatt einen wirksamen Freund und Beschützer habt, daß seine Frechheiten und Anmaßungen vor aller Oeffentlichkeit entsprechend gekennzeichnet werden. Und mancher wird sich dann hüten, mit Euch anzubinden. Wenn Euch der gerechte Zorn übermannt, ballt nicht untätig die Faust in der Tasche, sondern

schreibt Eurer Zeitung.

Wenn Ihr sorgt und leidet, schreibt Eurer Zeitung, damit auch die Oeffentlichkeit erfahre, ob es Euch wirklich so gut geht, wie Eure Verleumder behaupten. Was Ihr, wo immer Ihr hinkommt, Bemerkenswertes seht und beobachtet, schreibt Eurer Zeitung. **Für Eure Briefe muß Platz in Eurer Zeitung sein, und wenn ein paar Ministerreden oder selbst ein Leitartikel ausbleiben müssen.** Sagt nicht, daß Ihr nicht schreiben könnt, daß Ihr nicht federgewandt genug seid. Eure einfachen, schlichten Mitteilungen sind oft mehr wert als das Phrasengewäsch der Berufsschreiber. Und wenn Eure Briefe so geschrieben sind, daß man sie nicht drucken kann, so tut das nichts, wenn nur die mitgeteilten Tatsachen der Wahrheit entsprechen.

Dazu sind Eure Redakteure da,

damit sie Euch helfen und Eure Zuschriften so bearbeiten, daß man sie abdrucken kann. Und wenn es gar nicht anders geht, so

kommt in die Redaktion

und erzählt dort, was Euch am Herzen liegt, und wovon Ihr meint, daß es in Eurem Blatt stehen soll. In Eurem Blatte soll das stehen, was Euch interessiert, aber nicht das, was der Bourgeoisie wohlgefällt.

Viele Arbeiter sagen uns, sie trauten sich nicht an uns zu schreiben, weil sie den Terror im Betriebe fürchten. Wir sagen Euch: Wenn Ihr die scharfe Waffe Eures Blattes führen lernt, dann wird der Unternehmer oder Betriebsleiter Euch mehr fürchten müssen, als Ihr ihn. Ein klassenbewußter Arbeiter läßt sich nicht so leicht einschüchtern. Blickt doch nach Rußland, welche Opfer dort die Arbeiter für ihre Sache bringen. Auch ist es selbstverständlich nicht nötig, daß der Name des Einsenders im Blatte veröffentlicht wird. Es genügt, wenn er der Redaktion bekannt ist und für die Wahrheit der Angaben bürgt. Arbeiter, nützt Euer Blatt aus! Ihr könnt

die besten Mitarbeiter

desselben werden, und Ihr habt weniger Recht zur Kritik, wenn Ihr nicht selbst versucht, das Blatt so zu machen, wie es sein muß.

Die internationale kommunistische Werbewoche.

Vom 4. bis 14. November veranstaltet die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale eine internationale kommunistische Werbewoche. Am 7. November, dem Jahrestag der russischen proletarischen Revolution, soll die Solidarität mit den russischen Brüdern vor allem durch eine Hilfsaktion für die Hungernden bekundet werden.

Der Weg der Kommunistischen Internationale vom März 1919 über den August 1920 und den Juni 1921, von ihrem Gründungskongreß bis zum heutigen Tage, ist eine unausgesetzte Entwicklung von der kleinen ausgewählten, gestählten Vortrupporganisation zur weltumfassenden und massenumschließenden Klassenarmee des Proletariats. Der Weg von Tausenden zu den Millionen, der Weg von der Garde zur Armee, die zugleich die Kraft und Geschlossenheit einer Garde haben muß.

Innerhalb der kommunistischen Parteien bedeutet dies die grundsätzliche Klarheit über das Verhältnis zwischen Partei und Klasse, die Verbindung, die engste Verknüpfung der Kommunisten mit den werktätigen Massen. Diese Linie zeichnete der zweite Weltkongreß, der auf den Erfahrungen eines Jahres kommunistischer Arbeit im Weltmaßstab fußen konnte. Es bestehen innerhalb der Sektionen der dritten Internationale heute kaum noch ernsthafte Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten über die unbedingte Notwendigkeit, sowohl politisch als organisatorisch Massen, große entscheidende, nicht nur qualitativ, sondern auch zahlenmäßig ausschlaggebende Massen zu gewinnen. Massen, überall da, wo sie stehen: im Betrieb, im Haus, in der Gewerkschaft, im Sport- und Kulturverein, im Lager der Gleichgültigkeit. Kein Fußbreit des gesellschaftlichen Bodens auf der ganzen Welt darf unbeackert gelassen werden. Kein Quadratmeter sozialen Geländes, auf dem Proletarier leben, leiden, kämpfen oder sich widerstandslos beugen, darf von der kommunistischen Propaganda brach liegen gelassen werden.

Wie führen wir diese Aufgabe praktisch durch? Zur Zeit verschärfter Klassenkämpfe, mächtiger elementarer Massenbewegungen wird der Uebergang, die allseitig fortschreitende Ausweitung des Parteirahmens verhältnismäßig leicht.

Anders und schwerer ist es in der gegenwärtigen Periode des hartnäckigen, immer wieder von neuem einsetzenden, in einer Reihe engerer und weiterer Etappen verlaufenden Periode des Ringens mit dem von erneutem Selbstvertrauen erfüllten Klassenfeind. In diesem Zeitabschnitt genügt es nicht, allein in akuten Kämpfen, sei es politischer, sei es wirtschaftlicher Art, die Bande mit den nichtkommunistischen Massen zu knüpfen, zu vermehren und zu erweitern. Auch die Zeiten der Kampfpause, der Ruhe vor dem Sturm oder der Ruhe nach dem Sturm, dem neue Stürme unabwendbar folgen, müssen genutzt werden. Sie mehr als alle anderen, denn in ihnen haben wir die Möglichkeit, das Höchstmaß unserer Energien zu mobilisieren.

Es ist nötig, jederzeit breiteste Massenpropaganda durchzuführen. Darüber hinaus aber bedarf es zu gewissen Zeitpunkten einer besonderen, aufs höchste gesteigerten, planmäßig vorbereiteten und durchgeführten, die letzten Kräfte des Parteiapparates, der Parteimitglieder nützenden Propagandaaktion.

Die internationale Werbewoche soll dazu dienen, an Arbeitermassen heranzukommen, die wenig oder gar nichts von den Zielen der kommunistischen Internationale wissen. Es gilt nicht, ihnen die Thesen und Richtlinien der drei Weltkongresse die Programme der Parteien abstrakt auseinanderzusetzen, sondern auf Grund der konkreten Lage in einem jeden Land ihnen praktisch das Wesen des revolutionären Klassenkampfes, die Unmöglichkeit der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die Bedeutung der proletarischen Diktatur nahezubringen. Ohne Scheu, ohne sektenhaften Hochmut müssen wir dafür alle Mittel der Propaganda, von den einfachsten und populärsten anfangen, soweit sie volkstümlich sind, das Interesse und die Sympathie der rückständigen Arbeiter erwecken, in unseren Dienst zu stellen wissen. Selbstverständlich müssen wir bei der Anwendung dieser Mittel stets als Endpunkt die revolutionäre Aufklärung, die politische Werbung der Massen für die kommunistische Internationale im Auge behalten.

Ausgehen müssen wir von den unmittelbaren wirtschaftlichen Nöten des Proletariats. In den mitteleuropäischen Ländern geht es um die Frage der Wiedergutmachung, die Frage, ob die Zentnerlast des Versailler Diktates auf die Schultern des Arbeiters gelegt, oder ob sie auf die kapitalistischen Profitmacher abgewälzt werden soll. Im Zusammenhang mit örtlichen Ereignissen und Erscheinungen muß in der denkbar einfachsten Weise die Lage der Arbeiterschaft drastisch dargestellt, und der einzige Ausweg zur Lösung durch den schärfsten unversöhnlichsten Klassenkampf daraus entwickelt werden.

Nahezu in allen Ländern der Welt, in den Siegerstaaten wie in den besiegten, lastet auf den Massen der furchtbare Alpdruck der Arbeitslosigkeit mit all

Aufmarsch der Königsberger Arbeiter.

Für die kommunistischen Forderungen!

Am Sonnabend der vergangenen Woche fand in Königsberg eine große Demonstration der Arbeiterschaft statt für die folgenden Forderungen:

1. Gegen die Abschaffung des Achtstundentages und Verschlechterung des Streik- und Koalitionsrechtes!
2. Gegen die Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände!
3. Gegen die monarchistischen Treibereien!
4. Für die Entwaffnung und Auflösung aller gegenrevolutionären Formationen!
5. Für die Reinigung der Verwaltung, der Justiz, Reichswehr von allen monarchistischen Elementen unter Kontrolle der Arbeiterschaft!
6. Für die Freilassung der politischen Gefangenen!

Das Verhalten der Königsberger Arbeiterschaft zeigt deutlich, daß die einheitliche Kampffront des gesamten Proletariats gegen die wirtschaftlichen und politischen Machtgelüste der Bourgeoisie im Entstehen ist. In ganz Deutschland muß der Ruf der Königsberger Proletarier Widerhall finden.

Der Kampf in der Thüringer Metall-Industrie geht weiter.

In der Thüringer Metallindustrie schien der Kampf erledigt zu sein. Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes hatte bereits in einem geheimen Rundschreiben mitgeteilt, daß, wenn auch nicht alles in diesem Streik erreicht sei, die Unternehmer aus diesem Kampfe doch eine Lehre gezogen hätten und hoffentlich strahle der nächsten Bewegung ein besserer Stern. Die Bewegung sollte eingestellt werden, obwohl es in den Bedingungen ausdrücklich hieß: „Einstellung nur nach Bedarf", „Neuwahl der Betriebsräte".

Doch die Unternehmer, die die Metallarbeiter besiegt glaubten, legten diesen am Montag, den 24. Oktober, als die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, folgenden Revers zur Unterschrift vor:

1. Die in der Auslegung des Betriebsrätegesetzes bei unserer Firma bestehenden Auswüchse werden beseitigt, d. h.:
   a) es wird kein Mitglied des neu zu wählenden Betriebsrates von der Arbeit befreit. Die Betriebsratsmitglieder üben ihr Amt ehrenamtlich aus.
   b) Betriebsrats- und Vertrauensmännerversammlungen haben im allgemeinen außerhalb der Arbeitszeit stattzufinden.
   c) Der Vorsitzende des Betriebsrates erhält die Erlaubnis, nach näherer Vereinbarung zweimal wöchentlich Sprechstunden abzuhalten und zwar während der Arbeitszeit.

   Es wird in all diesen Punkten genau nach dem Betriebsrätegesetz verfahren.
2. Während der Arbeitszeit wird die Kantine geschlossen gehalten. Es wird besonders beauftragten Personen, die entsprechend kenntlich zu machen sind, gestattet, nach näherer Vereinbarung Frühstück usw. vor Beginn der Pausen zu holen.
3. Die Arbeitszeit ist voll einzuhalten. Es ist nicht gestattet, die Arbeitszeit vorzeitig zum Zwecke des Waschens oder zur Entgegennahme von Essen einzustellen. Das gilt auch in vollem Umfange für die Gießerei. Die Vergrößerung der Badeeinrichtung ist in die Wege geleitet; der Auftrag zur Ausführung dieser Arbeiten ist bereits vergeben.
4. Wir haben bislang über die tariflichen Abmachungen hinaus bei Akkordarbeiten den tariflichen Stundenlohn garantiert. Künftig halten wir uns genau an den Tarif; infolgedessen fällt die Garantie fort.
5. Arbeits-Ausschuß wird nicht bezahlt, wenn den Arbeiter die Verantwortung hierfür trifft.

Gotha, den 22. Oktober 1921.

Die Thüringer Metallarbeiter haben es abgelehnt, auf Grund dieser Bedingung die Arbeit aufzunehmen. Der Kampf geht in verschärftem Maße fort.

Einheitliche Forderungen und einheitlicher Kampf!

Jena, 31. Oktober.

In einer von Anhängern aller drei Arbeiterparteien äußerst zahlreich besuchten öffentlichen Volksversammlung nahm gestern abend die Fahlaische Arbeiterschaft Stellung zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Gen. Greutzburg, Jena, wurde einstimmig nachfolgende Resolution angenommen:

„Die gegenwärtige zerrüttete Wirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft, die tagtäglich neues Elend für die arbeitende Klasse bringt, erfordert mehr denn je den engen Zusammenschluß des gesamten Proletariats. Ein Gebot der Stunde ist es, unverzüglich die gemeinsame Kampffront gegen den Kapitalismus und seine Auswirkungen herzustellen. Die Einberufung des Betriebsrätekongresses muß unsere nächste Aufgabe sein, um von dort die leitenden Fäden in die Hand zu nehmen und den Kampf zu führen um nachfolgende Forderungen:

1. Die Erfassung der Goldwerte, d. h. die Konfiskation eines Teiles der kapitalistischen Vermögen zugunsten des Staates.
2. Unbedingten Schutz des Achtstundentages und des Streik- und Koalitionsrechts.
3. Die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen (Orgesch usw.), Bildung eines Selbstschutzes der arbeitenden Massen.
4. Reinigung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr, der Schutzpolizei von allen monarchistischen Elementen unter Kontrolle der Arbeiterschaft."

Die heute im „Rosengarten" versammelten Arbeiter Kahlas halten es für ihre Pflicht, die Führer der Arbeiterschaft aller politischen Richtungen darauf aufmerksam zu machen, daß es ihre Pflicht ist, endlich den Betriebsrätekongreß für Thüringen und für ganz Deutschland einzuberufen. Die Arbeiterschaft Kahlas gelobt, nicht eher zu ruhen, bis die Einheitsfront aller Proletarier hergestellt und der Kampf siegreich beendet ist.

seinen niederdrückenden Folgen. Auch hier ist weniger eine theoretisch einwandfreie Erklärung der Wirtschaftskrise, ihrer Ursachen und Wirkungen vonnöten, als vielmehr der Versuch, das Fühlen und Wollen des primitiven, wenig geschulten Arbeitslosen an der Wurzel zu packen und durch die Aufzeigung der revolutionären Lösung der Arbeitslosenfrage die großen Scharen der Entmutigten und Verzweifelnden mit Kampfeseifer und Vertrauen in ihre eigene Kraft zu erfüllen. Mehr oder minder leiden überall die werktätigen Massen unter dem immer mehr sich verschärfenden Steuerdruck. Hieran gilt es anzuknüpfen. Damit erfassen wir nur nicht die fortgeschrittensten Proletarierschichten, sondern auch die rückständigeren Elemente, die Hausfrauen, ja sogar erhebliche Teile des Kleinbürgertums.

Mit der Zunahme der Lebensmittelteuerung in den Ländern mit hoher Valuta, ebenso wie mit der wachsenden Brutalität der kapitalistischen Lohnoffensive in den Siegerstaaten vermehren und verschärfen sich die proletarischen Lohnkämpfe. Ueberall existiert bereits eine Tradition der Lohnkämpfe, der Streiks und Aussperrungen der letzten Jahre, von denen jedermann spricht, über die jedermann nachdenkt und von deren Erfahrungen niemand unberührt bleibt. Die Lehren z. B. aus den englischen Bergarbeiterstreiks, dem französischen Eisenbahnerstreik von 1920, der italienischen Betriebsbesetzung usw. sind zu ziehen und in volkstümlicher Weise zu verdeutlichen.

Einen gewaltigen Einfluß übt seit dem Kriegsende auf das Denken des gesamten Weltproletariats das Beispiel der russischen Revlution aus. Der Erfolg der Geldsammlungen für die Hungergebiete Sowjetrußlands unter allen Arbeitern ohne Unterschied des Landes und der Partei beweist, wieviel unerschöpfliche Sympathien Moskau trotz aller Beschimpfungen und Verleumdungen der menschewistischen Führer noch heute besitzt. Die Errungenschaften schaften Sowjetrußlands, seine gewaltigen kulturellen Erfolge, die beispiellose Hebung des Niveaus der russischen Arbeiter und Bauern gegenüber dem Zarismus müssen an einzelnen Tatsachen dargestellt werden. Die Gefahr der Niederschlagung Sowjetrußlands durch die Weltreaktion mit all ihren verderblichen Folgen für das Proletariat müssen gezeigt werden. Wir müssen darauf hinweisen, wie die bürgerlichen Regierungen, der Völkerbund, die Entente heute die Naturkatastrophe der Hungersnot und die Cholera als Verbündeten zur Vernichtung des russischen Proletariats unterstützen.

Dies sind die Hauptgrundlagen für unsere Werbeaktion. Dazu kommen dann die mannigfaltigen Besonderheiten der konkreten Lage in den einzelnen Ländern.

Indem wir dabei auf diebrüderliche revolutionäre Solidarität der kommunistischen Arbeiter aller Länder hinweisen und diese Losung im Gegensatz zu den Sozialpatrioten durch propagandistische Veranstaltungen, politische und künstlerische Werbemittel, Demonstrationen und Versammlungen greifbar verdeutlichen, kommen wir zugleich dem tief in dem Gefühl aller Arbeiter wurzelnden Drang nach internationaler Kampfesgemeinschaft der Ausgebeuteten der ganzen Welt entgegen und rufen sie in die Reihen der Weltrevolution.

Politische Uebersicht.

Die Landtagswahlen in Baden.

(WTB.) Karlsruhe, 31. Oktober.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen sind gewählt: Deutschnationale 7 Abgeordnete, Deutsche Volkspartei 5 Abgeordnete, Landbund 7 Abgeordnete, Wirtschaftliche Vereinigung 1 Abgeordneter, Zentrum 34 Abgeordnete, Demokraten 7 Abgeordnete, Sozialdemokraten 20 Abgeordnete, USPD. 2 Abgeordnete, Kommunisten 3 Abgeordnete; zusammen 86 Abgeordnete. Die alte Koalition, bestehend aus Mehrheitssozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, zählt demnach 61 Abgeordnete. Der verflossene Landtag setzte sich aus 107 Abgeordneten zusammen. Mithin ist bisher eine Verringerung der Mandate um 21 eingetreten, was neben der verminderten Wahlbeteiligung auf die Abnahme der Zahl der Wahlberechtigten zurückzuführen ist.

Es bleibt bei Wirths Steuerprogramm.

In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats erklärte der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Zapf, daß die Reichsregierung an den Steuervorlagen, wie sie dem Reichstag am 25. Oktober vorgelegt worden sind, festhalte. Lediglich die Kohlensteuer mußte zurückgestellt werden, weil mit Rücksicht auf den Beschluß des Reichskohlenrates eine Nachprüfung dieses Entwurfes sich als notwendig erwiesen hatte.

Es bleibt also bei Wirths Steuerprogramm mit der ungeheuren Belastung der werktätigen Massen.

Wie aus den Berichten über die letzte Sitzung des Reichswirtschaftsrats hervorgeht, hat nicht nur der Vertreter der Konsumvereine, sondern auch der bekannte Sozialdemokrat Max Cohen der 2½prozentigen Umsatzsteuer zugestimmt, die insgesamt 15 Milliarden Mark einbringen soll und die die Arbeiter, Kleinbauern, Kleinkaufleute und Handwerker fast ausschließlich zu tragen haben werden. Wenn die Arbeiter und die kleinen Leute nicht wollen, daß sie von der Steuerlawine überrumpelt werden, so müssen sie jetzt schon ihre Stimme erheben.

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zur Zustimmung von Cohen-Reuß für eine Umsatzsteuer, die nach der Berechnung von Bästlein das Brot um 12 Prozent verteuert? Was sagen die Arbeiterfrauen dazu?

Ludendorffs Programm.

In seiner neuesten Schrift „Kriegsführung und Politik" schreibt Ludendorff:

Es tritt die innere Politik zum Wiederaufbau, zur Sicherstellung und Festigung des Staates und Erneuerung der Volkskraft und des Volksgeistes in den Vordergrund. Diese verlangt zielsicheres Zusammenfassen aller Kräfte zur staatlichen Selbstbehauptung, also Geschlossenheit des deutschen Volkes in allen seinen Kreisen und Berufen in einer Einheitsfront tiefinneren christlichen Glaubens zu Gott, glühender und opferbereiter Liebe zum Vaterlande und pflicht- und machtbewußten, siegfrohen Willens und starken Wollens, eine Einheitsfront wie das von den Hohenzollernfürsten geschaffene Heer — wenn auch waffenlos!

Wir brauchen zur Festigung und dauernden Erhaltung des vollzogenen inneren Wiederaufbaues die Rückkehr zur monarchischen Staatsform — zu einem Kaisertum in einem Bundesstaat — und zu einer Staats- und Pflichtauffassung der staatlichen Diener vom höchsten bis zum geringsten, wie sie das Preußentum herangebildet hat.....

Das Volk, nicht die organisierte Masse, wird seinen Willen bekunden. Die Führer, deren das Volk bedarf, werden sich Geltung verschaffen und es dahin führen, wohin es drängt. Die Führer müssen deutsche, rassen-, pflicht- und machtbewußte Männer sein, die bar jeder Eitelkeit und jeden Eigennutzes, das Vaterland höher stellen als das eigene Ich. Herrennaturen mit starkem Willen und Wollen, die nur eine persönliche Verantwortung kennen vor Gott dem Herrn und dem eigenen Gewissen.....

Ludendorff enthüllt das Wesen aller „nationalen Einheitsfronten". Sein Programm ist dasselbe, wie das von Stinnes, der mit Hilfe der großen Koalition ganz Deutschland der Macht einer Handvoll Großkapitalisten unterwerfen will.

Ehrhardt meldet sich für den nächsten Putsch!

In einem Brief an den „Lokal-Anzeiger" meldet sich der berüchtigte Ehrhardt, um zu erklären, daß er keineswegs daran denke, sich zu stellen. Der Mann macht sich über die republikanische Regierung lustig. Er erklärt, die Staatsanwaltschaft habe auf eine frühere Anfrage von ihm, ob ihm Freigeleit gewährt werde, wahrscheinlich nur deshalb zurückgegriffen, um einen unverfänglichen Vorwand für die Vertagung des Jagow-Prozesses zu bekommen. Der Mann dürfte es erraten haben.

Ehrhardt schreibt weiter:

„Bezeichnend — und bitter für mich — ist es übrigens in diesem Zusammenhange, daß zwar Maximilian Harden, der für mich sicherlich ebenso wenig Sympathie empfindet, wie ich für ihn, öffentlich gleiches Recht für die Kapp-Leute verlangt hat, daß aber im nationalen Lager fast niemand für uns eintritt, trotz aller unableugbaren Erfolge des Kapp-Unternehmens, wie z. B. Neuwahlen, bürgerliche Reichsregierung, rechtzeitige Vernichtung der Roten Armee im Ruhrgebiet, Beseitigung der Regierung Hoffmann in Bayern usw. Während kommunistische und unabhängige Verbrecher vom Schlage eines Hölz stets sofort die geschlossene Vertretung aller Linksparteien und ihrer Presse hinter sich haben, läßt man uns Vorkämpfer des nationalen Gedankens schwächlich im Stich. Und dennoch zweifle ich nicht daran, daß auch wir eines Tages wieder gebraucht werden — nicht als Vorkämpfer des Kapitalismus, wie der „Vorwärts" uns gern bezeichnet. Auch der deutsche Philister und der Arbeiter werden allmählich einsehen, wohin uns die Erfüllungstaktik, die Proteste, Appelle an das Weltgewissen und gar an das internationale Proletariat geführt haben und noch führen werden. Sie werden erkennen, welcher Betrug von einem Teil der Volks„führer" mit ihren nie erfüllten Versprechungen geübt worden ist, und daß diejenigen Recht haben, die schon vor zwei Jahren ein entschiedenes „Nein!" gefordert haben. Vorbedingung für einen Wandel zum Besseren sind natürlich ein einheitlicher, fester nationaler Wille im Volke, die Ueberbrückung aller einen Ausgleich ermöglichenden Gegensätze, Opfer der Besitzenden und letzten Endes eine von dem Parteiunwesen unabhängige, fähige, nationale Regierung."

Dazu schreibt der „Lokal-Anzeiger":

„Wir wollen in diesem Augenblick, mit Herrn Korvettenkapitän Ehrhardt nicht darüber rechten, ob der Vorwurf, daß man ihn und andere Vorkämpfer des nationalen Gedankens schmählich im Stich gelassen und daß im nationalen Lager fast niemand sich ihrer angenommen habe, berechtigt ist oder nicht. Herr Ehrhardt sollte nicht vergessen, daß auch den in Deutschland fortwirkenden Vorkämpfern des nationalen Gedankens von den heutigen Machthabern Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, die, da sie sich mit Gesetzeskraft zu umkleiden verstanden, bis zu einem gewissen Grade wenigstens respektiert werden müssen."

In der Tat, Herr Ehrhardt ist unbescheiden. Die biedere Justiz der Ebertrepublik hat soviel für ihn getan, daß ihr zu tun nichts mehr übrig bleibt. Einer der Kumpane des Ehrhardt, der sich in Leipzig in Untersuchungshaft befand, der Dr. Schiele, ist gegen eine Kaution von 100 000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden. Jagow-Prozeß ist vertagt.

In der Tat, die Justiz der bürgerlicher Republik ist aller Ehren wert und nur Narren können hoffen, diese Richter und Staatsanwälte zu „reformieren". Nur die Fäuste der Arbeiter können da aufräumen.

Die SPD. und die Stinneskoalition in Preußen.

Die „Sozialistische Korrespondenz" schreibt:

Herr Stegerwald hat es im „Deutschen" wieder einmal für ein Gebot des Anstands und eine Staatsnotwendigkeit erklärt, der Sozialdemokratie bald den Wiedereintritt in die preußische Regierung zu ermöglichen. Natürlich vergißt er nicht dabei zu betonen, daß die sogenannte große Koalition sein Ziel bleibt, besonders wegen der Steuerfragen. Ginge die Sozialdemokratie mit der Volkspartei in eine Regierung und es müßte nachher wegen der Steuern noch zur Reichstagsauflösung kommen, dann wäre sie blamiert und geschädigt. Deshalb scheint uns die große Koalition auch für ihre Anhänger erst möglich, nachdem in der Steuerfrage die Volkspartei gezeigt hat, daß sie Opfersinn für den Staat hat.

Die Sozialdemokraten sind also grundsätzlich bereit, eine Regierung mit der großen Volkspartei zu gehen. Die Forderung, daß die Volkspartei erst auf dem Gebiete der Steuern „Opfersinn" zeigen müsse, hat, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, nur den einen: Die Massen sollen durch ein par Manöver nach Art der Kreditaktion an der Nase herumgeführt werden.

Die SPD.-Führer fürchten sich nur, mit der Stinnespartei vor Neuwahlen sich einzulassen, weil sie wissen, daß diese Wahlen Steuerwahlen sein werden und sie dann offen den Arbeitern sagen müßten, wie sie es mit der Erfassung der Geldwerte meinen.

Nach alledem aber, was an die Oeffentlichkeit dringt, gehen die Verhandlungen über die Umbildung der preußischen Regierung ihren Gang.

Die Arbeiter müssen ihre Stimme erheben, um zu verhindern, daß hinter ihrem Rücken eine Stinneskoalition in Preußen zustande kommt.

Stresemann für die Deutschnationalen

(TU.) Köln, 29. Oktober.

Gestern abend sprach der Abgeordnete Dr. Stresemann in einer großen Versammlung über die politische Lage. Im ersten Teil seiner Ausführungen beschäftigte er sich mit dem Genfer Diktat. Er werde, so sagte er u. a., den Eindruck nicht los, daß man das politisch machtlose Deutschland auch wirtschaftlich machtlos machen wolle. Im zweiten Teil seiner Ausführungen rechtfertigte der Redner die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung. Er gab der Meinung Ausdruck, daß die Schwierigkeiten, unter denen die Regierung zustande gekommen sei, und auch die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei als größte Wirtschaftspartei sich nicht an der Regierungsbildung beteiligt habe, vom außenpolitischen Standpunkt aus nicht so katastrophal seien, wie es von anderer Seite dargestellt werde. Zum Schluß meinte Dr. Stresemann, es könne vielleicht einmal eine Situation kommen, die einen Block der Rechten notwendig mache. Erwünscht sei dies aber gewiß nicht. Die Versammlung spendete lebhaften Beifall.

Stresemann droht mit dem Rechtsblock, um die SPD.-Führer einzuschüchtern und sie zur Bildung der großen Koalition zu veranlassen.

Die Haltung des Führers der Deutschen Volkspartei den Deutschnationalen gegenüber zeigt, was für einen Wert die Versicherung mancher SPD.-Führer, daß durch die große Koalition die Deutschnationalen isoliert werden, hat. Stresemann betrachtet die große Koalition als eine Vorstufe zum Rechtsblock. Auch ein Beitrag zum Wesen der Stinneskoalition.

Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution.

Von N. Lenin.

Der vierte Jahrestag des 7. November (25. Oktober alten Kalenders) steht vor der Tür.

Je weiter wir uns von diesem großen Tag entfernen, desto klarer wird uns die Bedeutung der proletarischen Revolution in Rußland, desto tiefer denken wir uns in die als Ganzes zusammengefaßte praktische Erfahrung unserer Arbeit hinein.

In kurzen — und natürlich bei weitem nicht vollen und klaren Abrissen, kann diese Bedeutung und diese Erfahrung in folgender Weise dargestellt werden.

Die unmittelbare und nächste Aufgabe der Revolution in Rußland war eine bürgerlich-demokratische Aufgabe: Die Ueberreste des Mittelalters abzuschaffen, sie restlos zu beseitigen, Rußland von dieser Barbarei, von dieser Schande, von diesem größten Hemmschuh jeglicher Kultur und jeglichen Fortschrittes zu säubern.

Und wir haben ein Recht darauf, stolz zu sein, daß wir diese Säuberung vom Standpunkt der Einwirkung auf die breitesten Volksmassen — bedeutend einschneidender, bedeutend schneller, kühner, erfolgreicher, breiter und tiefer durchgeführt haben, als die große französische Revolution vor 125 Jahren.

Sowohl die Anarchisten als auch die kleinbürgerlichen Demokraten (d. h. die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, als die russischen Vertreter dieses internationalen sozialen Typus) haben in der Frage des Verhältnisses der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen (d. h. zur proletarischen) unglaublich viel wirres Zeug gesprochen und tun dies auch jetzt noch. Die Richtigkeit unserer Auffassung des Marxismus in diesem Punkte, die Richtigkeit unserer Wertung der früheren Revolutionen hat sich während dieser 4 Jahre vollauf bestätigt. Wir haben wie niemand sonst die bürgerlich-demokratische Revolution bis zu Ende durchgeführt. Ueberaus bewußt, fest und unentwegt bewegen wir uns vorwärts, zur sozialistischen Revolution, im Bewußtsein, daß sie von der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht durch eine chinesische Mauer getrennt ist, im Bewußtsein, daß durch unseren Kampf entschieden wird, wie weit es uns letzten Endes gelingt, vorzubringen, welchen Teil unserer Siege wir befestigen werden. Die Zukunft wird dies zeigen. Aber schon gegenwärtig sehen wir, daß auf dem Gebiet der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft — für ein ruiniertes, zerrüttetes, rückständiges Land — Gewaltiges geleistet worden ist.

Genug vom bürgerlich-demokratischen Inhalt unserer Revolution Vielen müssen verstehen, was das heißt. Nehmen wir zur Erläuterung einige Beispiele:

Bürgerlich-demokratischer Inhalt der Revolution, das heißt: Reinigung der sozialen Beziehungen (der Ordnung, der Institutionen) des Landes von den Ueberbleibseln des Mittelalters, von der Leibeigenschaft, vom Feudalismus.

Welches waren die wichtigsten Aeußerungen, Ueberbleibsel, Reste der Leibeigenschaft in Rußland im Jahre 1917? Monarchie, Ständeordnung, Grundbesitz und Grundnutzung, die Lage der Frau, Religion, Unterdrückung der Nationalitäten. Nimmt man einen beliebigen dieser „Angelpfähle", — die, nebenbei bemerkt, von allen vorgeschrittenen Staaten bei Vollziehung ihrer bürgerlich-demokratischen Revolution vor 125, 250 und mehr (1649 in England) Jahren nicht vollständig gereinigt worden sind, — nimmt man einen beliebigen dieser „Angelpfähle", so sieht man, daß wir sie ganz und gar gereinigt haben. In nur 10 Wochen, vom 7. November bis zur Auflösung der Konstituante (5. Januar 1918) haben wir auf diesem Gebiet tausendmal mehr getan, als die bürgerlichen Demokraten und Liberalen (Kadetten), die kleinbürgerlichen Demokraten (Menschewiki und Sozialrevolutionäre) während der 8 Monate ihrer Regierung.

Diese Feiglinge, diese Schwätzer, diese in sich selbst verliebten Narzissen und Hamletchen schwangen das Pappschwert — und schafften nicht einmal die Monarchie ab! Wie niemand sonst, wie niemals sonst, haben wir den ganzen monarchistischen Schmutz hinweggefegt. Im Jahrhundertealten Gebäude der Ständeordnung haben wir nicht einen Stein auf dem anderen gelassen. Die vorgeschrittensten Länder, wie England, Frankreich, Deutschland, haben bis jetzt noch nicht die Reste der Ständeordnung abgeschafft! Die tiefen Wurzeln der Ständeordnung, nämlich die Ueberbleibsel des Feudalismus und der Leibeigenschaft beim Grundbesitz, haben wir ganz und gar entfernt. „Man kann darüber streiten", (es gibt im Ausland Literaten, Kadetten, Menschewiken und Sozialrevolutionäre genug, die sich damit beschäftigen können), was „schließlich" bei den Agrarreformen der großen Oktoberrevolution herauskommen wird. Wir wollen jetzt damit keine Zeit verlieren, denn wir entscheiden diesen Streit und die ganze Masse der von ihm abhängenden Streitfragen durch den Kampf. Man kann aber die Tatsache nicht bestreiten, daß die kleinbürgerlichen Demokraten acht Monate hindurch mit den Gutsbesitzern, die die Ueberlieferung der Leibeigenschaft hochhielten, „paktierten", wir aber in wenigen Wochen diese Gutsbesitzer und alle ihre Ueberlieferungen vom russischen Erdboden hinwegfegten.

Nehmen wir die Religion, oder die Rechtlosigkeit der Frau, oder die Unterdrückung und Rechtlosigkeit der nichtrussischen Nationalitäten. Dies alles sind Fragen der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die faden Narren der kleinbürgerlichen Demokratie haben acht Monate darüber geschwatzt: nicht ein einziges der vorgeschrittenen Länder der Welt hat diese Fragen in bürgerlich-demokratischer Richtung bis zu Ende entschieden. Bei uns sind sie durch die Gesetzgebung bis zu Ende entschieden. Wir kämpften und fochten in Wirklichkeit gegen die Religion. Wir haben allen nichtrussischen Nationalitäten ihre eigene Republiken und autonomen Gebiete gegeben. Bei uns in Rußland gibt es eine solche Gemeinheit und Schändlichkeit nicht wie die Rechtlosigkeit oder die nicht volle Gleichberechtigung der Frau, dieses empörende Ueberbleibsel des Mittelalters und der Leibeigenschaft, das von der gewinnsüchtigen Bourgeoisie und dem kompromißlerischen, eingeschüchterten Kleinbürgertum in allen Ländern der Welt ohne Ausnahme restauriert wird.

Dies alles macht den Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution aus. Vor 150 und 250 Jahren versprachen die

Die Inquisitionsgreuel der Märztage.

Da hat die SPD.-Presse sich einstens moralisch entrüstet über die Grausamkeiten der Ordnungsbestien im weißen Horthy-Ungarn. Nachdem der Landtagsausschuß über die Märzunruhen am Freitag noch einige der Mordtaten der Schupo untersucht hat, die von Severing und Hörsing mit der Niederschlagung des provozierten Märzaufstandes beauftragt waren, besteht kein Zweifel mehr: der weiße Schrecken in Horthy-Ungarn verblaßt vor den Schandtaten und Verbrechen, die von der sogenannten „Ordnungs"polizei in Preußen der sozialdemokratischen Regierungsmänner an Proletariern verübt worden sind. Verblaßt vor dem grünen Schrecken Preußens.

Das Ergebnis des zweiten Verhandlungstages läßt sich folgendermaßen kurz zusammenfassen:

In Querfurt ist der Arbeiter Peter nach schweren Mißhandlungen als Gefangener der Schupo erschossen worden.

Der Lagerhalter Straube von Querfurt wurde, nachdem Schupomannschaften aus dem Laden des Konsumvereins eine Wagenladung Waren geraubt hatten (von dem rechtssozialistischen Bürgermeister-Stellvertreter mit der Bemerkung angereizt, dort sei das Proviantamt der Roten Armee), entsetzlich mißhandelt und in der Nähe der Zuckerfabrik Schafstädt zugleich mit einem anderen Gefangenen vorsätzlich erschossen. Lautlos wurden die sonst so geschwätzigen Ausschußmitglieder, als die Witwe des Gemordeten den Hut auf den Tisch des Hauses niederlegte, den Straube auf seinem letzten Gang getragen hat, der furchtbar zerfetzt ist und als Dokument für die Brutalität der Peiniger mehr sprach, als hundert Menschen hätten reden können.

Nach dem Gefecht bei Besenstedt wurden dort gefangen eingebrachte Arbeiter erschossen, darunter Amtsvorsteher Schönemeyer aus Trebitz, Sanitäter Kurt Herzau und Arbeiter Gustav Thielecke aus Bitterfeld. Der Amtsvorsteher von Besenstedt, ein bürgerlicher Mann, sowie zwei frühere Schupobeamte (die nach dem Märzkampf als „ungeeignet für die Schupo" entlassen worden sind) bezeugten in allen Einzelheiten, wie man einen der Gefangenen kaltblütig und mit voller Ueberlegung „auf der Flucht erschossen" hat. Der Schupobeamte deckte restlos die Tätigkeit der Abteilung v. d. Tann auf, die eine einzige Kette von Brutalitäten ist, und man erfuhr dabei auch, daß die dieser Abteilung angehörigen Zeitfreiwilligen auf Anstiftung ihres Führers einen jungen Arbeiter, der als Gefangener in ihrer Hand war, erschossen und den Leichnam in die Saale geworfen haben.

So kurz die Beweisaufnahme über die Erschießung des Ortsvorstehers Müller in Klostermansfeld war (von dem selbst bürgerliche Zeugen bekunden mußten, daß er sich gegen den Kampf der Arbeiter mit der Waffe erklärt hatte), so furchtbar waren die Schilderungen von drei Augen- und Ohrenzeugen. Ein Düsseldorfer Schupowachtmeister hat schon am Morgen des Mordtages erklärt, daß „man heute Müller das Fell über die Ohren ziehen wolle". Die Zeugen haben gesehen, wie man Müller zur Nachtzeit aus dem Standquartier der Schupo inmitten von sechs Beamten ins Feld hinausführte. Sie sagten einander, daß dies wohl sein letzter Gang sein würde. Aber niemand wagte ein Wort für den totgeweihten, von ihnen für schuldlos gehaltenen Mann einzulegen, weil alles im Ort vor der Brutalität der Schupo zitterte.

Und als endlich ein früherer Schupobeamter den bei Gröbers verübten Meuchelmord am Amtsvorsteher Mosenhauer von Osmünde schilderte, als er mit überzeugender Ruhe erzählte, wie der Wachtmeister Böhm vor versammelter Hundertschaft den Mann vom Wege abjagte und ihn dann durch einen wohlgezielten Karabinerschuß niederstreckte, nachdem man ihm mit schweren Gegenständen den Kopf über und über blutig geschlagen hatte, so daß er sich kaum noch aufrechthalten konnte, da kam gleichzeitig noch ein zweiter Mord an die Oeffentlichkeit, von dem bisher gar nichts bekannt war.

Angesichts dieser furchtbaren Feststellungen durch Augenzeugen, deren Zuverlässigkeit anzuzweifeln nur der Deutschnationale, Kaufmann, die Stirn besaß, mußte der Untersuchungsausschuß von seinem ursprünglich gefaßten Plane, nur zwei Tage auf die Beweisaufnahme über Grausamkeiten der Schutzpolizei zu verwenden, abgehen. Dem Antrag unserer Genossen auf Fortsetzung der Zeugenvernehmung über weitere Erschießungen und über Mißhandlungen im Leunawerk und Mansfeld wurde nach längerer Aussprache stattgegeben in der Weise, daß unsere Genossen aufgefordert wurden, dem Ausschuß zur nächsten Sitzung neue Beweisanträge vorzulegen.

Vergebens war die Sorge der Deutschnationalen um die „einseitige Belastung" der Schupo. Man sagte ihnen, sie sollten Entlastungszeugen benennen, wenn es solche gäbe. Vergebens war die Sorge des Ordnungskommissars Weismann, daß der Ausschuß sich unnötige Arbeit mache, wenn er Beweise erhebe, zu denen die Gerichtsbehörden unbedingt berufen und verpflichtet seien. Es gibt kein Zurück mehr für den Ausschuß. Der Rechtssozialist Drescher hat Recht: er hat A gesagt und muß B sagen. Die Welt muß und wird Gelegenheit bekommen, bis auf den Grund des Morastes zu sehen, in dem die bürgerliche Gesellschaft steckt, die sich, wie im Märzkampf gegen das mitteldeutsche Proletariat, zu ihrer Erhaltung des schamlosesten Verbrechertums bedienen muß.

Von den Rechtssozialisten wurde folgender Antrag eingebracht, der einstimmige Annahme fand:

Der Ausschuß wolle beschließen, beim Landtag zu beantragen, an das Staatsministerium folgendes Ersuchen zu richten:

Nachdem in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses über die Märzunruhen am 27. und 28. Oktober eine große Anzahl von Zeugen Bekundungen des Inhalts gemacht haben, daß bei der Niederwerfung des Märzaufstandes von einzelnen Abteilungen der Schutzpolizei willkürliche Erschießungen Gefangener vorgenommen, sowie Grausamkeiten und Mißhandlungen in großer Anzahl begangen worden sind, wird das Staatsministerium ersucht:

1. Mit aller Beschleunigung Ermittlungen darüber anzustellen, welche Abteilungen der Schutzpolizei bei den in Frage kommenden Vorfällen beteiligt gewesen sind;

2. ebenso beschleunigt zu ermitteln, welche Beamten sich rechtswidrige Handlungen haben zuschulden kommen, oder als Vorgesetzte geduldet haben;

3. für schuldig befundene Beamte aus der Schutzpolizei rücksichtslos zu entfernen;

4. in allen Fällen, wo Verstöße gegen das Strafgesetz vorliegen, die Staatsanwaltschaft mit deren Verfolgung zu beauftragen;

5. dem Landtag über das Ergebnis der Ermittlungen alsbald Bericht zu erstatten.

Den Lobrednern Severings und Hörsings wird es nicht gelingen, mit dieser papiernen Aktion das Schandmal zu entfernen, daß ihrer Partei mit der Provozierung des Märzkampfes und der grausamen Henkersarbeit an den Kommunisten in Mitteldeutschland erneut aufgedrückt worden ist. Dafür werden unsere Freunde in Stadt und Land Sorge zu tragen haben. Und sie werden auch von dem Antrage kein Ergebnis erwarten, daß das Proletariat, insbesondere die Hinterbliebenen der Gemeuchelten und die Gequälten, Geschändeten und schuldlos Eingekerkerten befriedigen könnte. Die volle Genugtuung für die grausigen Schandtaten der Schupo in Mitteldeutschland, wie für das politische Verbrechen des Severing und Hörsing wird das revolutionäre Proletariat selbst schaffen müssen.

*

Fortsetzung

des stenographischen Berichtes des Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages über die Märzaktion in Mitteldeutschland aus der letzten Nummer unseres Blattes.

Gemeindevorsteher Fleer aus Helbra.

Vors.: Es handelt sich um die Erschießung von sieben Männern in Bischofrode. Was haben Sie davon gesehen? Zeuge: Unter den von der Schupo Erschossenen befand sich der Bergarbeiter Weiner. Dieser ist kurz vorher in Helbra von einem Schupobeamten mit einem Strick an ein Pferd gebunden worden und in der Richtung nach Bischofrode transportiert. Zeuge erkennt auf dem Bilde in der „Woche" einen gewissen Pawlack aus Helbra, der hinterste auf dem Bilde und Weiner, der vorderste auf demselben. Vors.: Wissen Sie, was weiter mit diesen geschehen ist? Zeuge: Nein. Weiner hat nachher bei den sieben Erschossenen in Bischofrode gelegen. Vors.: Wissen Sie, warum beide verhaftet worden sind? Zeuge: Pawlack war ein Mensch, der im schlechten Rufe stand. P. war Russe, ebenso war Weiner Ausländer, lebte aber von Kindesbeinen an dort. P. war von Beruf Bauernknecht und W. Bergmann. Vors.: Sie wissen nicht, ob sich beide am Aufstand beteiligt haben? Zeuge: Nein. Vors.: Es ist Ihnen bekannt, daß sie erschossen wurden. Zeuge: Ja. Soweit ich weiß, hat sich Weiner nicht am Kampf beteiligt. Abg.: Hat man die Leute ans Pferd gebunden, nachdem man sie mißhandelt hat? Zeuge: Während sie ans Pferd gebunden wurden, hat man sie mit dem Kolben ins Kreuz gestoßen. Was weiter noch geschah, weiß er nicht. Er stand 50 Meter davon entfernt. Die Schupo ist dann abgeritten.

Der nächste Zeuge ist der

Bergmann Büchel

aus Wimmelburg bei Eisleben, 27 Jahre alt. Vors.: Sie sind dabei gewesen, als in Schraplau Erschießungen vorgenommen worden sind? Zeuge: Ja. Vors.: Die Sipo hat Sie in Schraplau festgenommen. Wie sind Sie nach Schraplau gekommen, Sie wohnen doch in Wimmelburg? Zeuge: Ich mußte Auto fahren für die aufständischen Arbeiter. Vors.: Haben Sie das gezwungenermaßen gemacht? Zeuge: Jawohl. Vors.: Gezwungenermaßen haben Sie das getan? Und auf diese Weise sind Sie nach Schraplau gekommen? Zeuge: Ja. Vors.: Und was haben Sie da gesehen? Zeuge: Als ich oben ankam, stand die Sipo da. Es wurden einige junge Leute abgeführt. Ich habe dann Schüsse gehört und nur gesehen, daß die beiden vorbeigebracht wurden. Ich habe nicht gesehen, ob die beiden erschossen worden sind, weil der Weg dort eine Biegung macht. Es ist hinter dem Kalkofen passiert. 10 Minuten später marschierte die ganze Sipo vorbei. Ob der Führer der Sipo ein Wachtmeister war, kann ich nicht sagen. Es waren etwa 50 Mann, die vorbeizogen. Dann hat ein Sipomann in den Kalkofen hineingeguckt und er fragte, wieviel Mann es seien. Es wurde geantwortet: Sechs Mann. Dann sagte einer: Wie konntest du gegen die Wand schießen? Das habe ich gehört. Vors.: Wieviel Männer haben die beiden nach dem Kalkofen gebracht? War es nur einer, oder waren es drei oder vier? Zeuge: Das kann ich nicht sagen, das habe ich nicht mehr gesehen. Vors.: Wie weit war der Kalkofen von Ihnen entfernt, als Sie die Schüsse hörten? Zeuge: Vielleicht 100 Meter. Es hat etwa 10 Minuten gedauert und dann hat sich die Sache abgespielt. Vors.: Ist die Sipo dann weiter marschiert? Zeuge: Ja. Vors.: Hat sie die Leichen mitgenommen? Zeuge: Nein. Abg. Liebknecht: Haben Sie gehört, daß die Betreffenden erschossen worden sind? Zeuge: Ja, das habe ich gehört. Liebknecht: Und auch, daß die Erschossenen im Kalkofen aufgefunden worden sind? Zeuge: Ja. Liebknecht: Sind alle sechs Erschossene im Kalkofen aufgefunden worden? Zeuge: Jawohl.

Zeuge Lagerhalter Hermann Anders, Schraplau.

Zeuge: Es war am 2. Osterfeiertage, ich hatte mein Geschäft geschlossen. Da kam ein Mitglied des Konsumvereins, namens Poblenz vorbei. Ich fragte ihn, wo er hin wolle. Er kam in meine Wohnung. Ich gab ihm 2 Zigarren. In dem Augenblick kommen Schupobeamte die Straße herauf. Mein Sohn sagte mir, es kommen 4 Soldaten. Diese kommen auf mein Haus, legen die Gewehre auf mein Fenster an. Sie fragten nach Poblenz. Er sagte, das wäre er. Sie fragten ihn, ob er Waffen habe und visitierten ihn. Dabei nahmen sie ihm einige Schriftstücke, Notizbuch usw. und die Zigarren ab. Sie nahmen dann mich und Poblenz mit. Außerdem hatten sie den Gastwirt Müller noch gefangen genommen. Sie verhöhnten uns, schimpften uns Verbrecher und mehr solcher Dinge. Dann ging es rechts herum um einen Hügel. Wir mußten uns an den Hügel stellen. Drei mußten die Hände hochheben; 5 Minuten später hatten sie noch einen weiteren Gefangenen gebracht, namens Trautmann, Bergarbeiter. Ich wurde auf eine unwillige Bemerkung bedroht und wurde mir gesagt: Halt die Fresse! Darauf stieß mich ein Schupobeamter an die Wand. Ich sagte, ich wolle mit dem Hauptmann sprechen. Einer sagte, laß ihn doch mit dem Hauptmann sprechen. Der Hauptmann kam im Auto. Einer von der Schutzpolizei sagte zu ihm, dieser Mann will mit ihnen sprechen, es ist einer von den 4 Gefangenen. Der Hauptmann sagte darauf:

Dann immer marsch, herunter mit ihm, wo er hin gehört.

Als ich wieder an die Stelle, wo ich gestanden habe, zurückkam, da waren die drei anderen verschwunden. Fünf Meter weg vor dem Eingang zum Kalkofen sah ich die Schutzpolizei stehen. Ich sah, wie diese in den Kalkofen hineinschoß. Ich sah weiter einen Fremden, der lag draußen vor dem Kalkofen, er war noch am Leben. Der eine von der Schutzpolizei sagte nach dem

---

vorgeschrittenen Führer dieser Revolution (dieser Revolutionen, wenn man von jeder nationalen Abart des einen gemeinsamen Typus spricht), den Völkern, die Menschheit von den mittelalterlichen Vorrechten, von der Rechtlosigkeit der Frau, von den staatlichen Vorrechten dieser oder jener Religion (oder „Idee der Religion", Religiosität überhaupt), von der Unterdrückung der verschiedenen Nationalitäten zu befreien. Das versprachen sie und führten es nicht durch. Sie konnten es nicht durchführen, denn die „Achtung vor dem heiligen Privateigentum" hinderte sie daran. Unsere proletarische Revolution kannte diese verfluchte „Achtung" vor dieser dreimal verfluchten mittelalterlichen Ordnung und diesem heiligen „Privateigentum" nicht.

Um aber den Völkern Rußlands die Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolutionen zu sichern, mußten wir weiter vordringen, und wir drangen auch weiter vor. Wir entschieden die Fragen der bürgerlich-demokratischen Revolution unter anderem, im Vorübergehen, als „Nebenprodukt" unserer hauptsächlichsten und eigentlichen proletarisch-revolutionären sozialistischen Arbeit. Reformen, sagten wir immer, sind ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes. Bürgerlich-demokratische Reformen, — sagten und bewiesen wir durch die Tat — sind ein Nebenprodukt der proletarischen, d. h. der sozialistischen Revolution. Nebenbei bemerkt, konnten alle Sanielo, Hilferding, Martow, Tschernow, Hillquitt, Longuet, Macdonald, Turatti und die anderen Helden des 2½-Marxismus eine derartige Wechselbeziehung zwischen der bürgerlich-demokratischen und der proletarisch-sozialistischen Revolution nicht verstehen. Die erste wächst in die zweite hinein. Die zweite entscheidet im Vorübergehen die Fragen der ersten. Die zweite befestigt die Tat der ersten. Der Kampf und nur der Kampf entscheidet, wie weit es der zweiten gelingt, die erste zu überragen.

Das Sowjetregime ist eben eine der anschaulichsten Bestätigungen oder Aeußerungen dieses Hineinwachsens der einen Revolution in die andere. Das jetzige Regime ist das Höchstmaß der Demokratie für die Arbeiter und Bauern. Gleichzeitig bedeutet es den Bruch mit dem bürgerlichen Demokratismus und die Entstehung eines neuen, welthistorischen Typus der Demokratie: nämlich der proletarischen Demokratie oder der Diktatur des Proletariats.

Mögen die Hunde und Schweine der sterbenden Bourgeoisie und der hinkenden kleinbürgerlichen Demokratie uns wegen der Mißerfolge und Fehler, die bei dem Aufbau unserer Sowjetordnung zutage treten, mit Flüchen, Beschimpfungen und mit Spott überhäufen. Wir vergessen auch nicht für einen Augenblick, daß wir in der Tat viele Mißerfolge erlitten und viele Fehler gemacht haben. Wie sollte auch eine solche, neue, für die ganze Weltgeschichte neue Sache wie die Schaffung eines noch nie dagewesenen Typus der Staatsordnung ohne Mißerfolge und Fehler durchgeführt werden! Wir werden unentwegt für die Verbesserung unserer Mißerfolge und Fehler, für die Verbesserung unserer von Vollkommenheit überaus weit entfernten Anwendung der Sowjetprinzipien auf das Leben kämpfen. Wir haben aber ein Recht darauf stolz zu sein, und wir sind stolz darauf, daß uns das Glück zufiel, den Bau des Sowjetstaates und dadurch eine neue Epoche der Weltgeschichte, die Epoche der Herrschaft einer neuen Klasse zu beginnen, die in allen kapitalistischen Ländern unterdrückt ist, und überall zu neuem Leben, zum Siege über die Bourgeoisie, zur Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals, von den imperialistischen Kriegen schreitet.

Die Frage der imperialistischen Kriege, die Frage jener jetzt in der ganzen Welt vorherrschenden internationalen Politik des Finanzkapitals, die unausbleibliche neue imperialistische Kriege, unausbleiblich eine unerhörte Verschärfung des nationalen Joches, des Raubes, der Erwürgung der schwachen, rückständigen, kleinen Völkerschaften durch ein Häuflein „vorgeschrittener Staaten" erzeugt, — diese Frage ist seit 1914 zur Kardinalfrage der ganzen Politik aller Länder des Erdballes geworden. Das ist eine Frage, die über Leben und Tod von vielen Millionen Menschen entscheidet. Das ist die Frage, die darüber entscheidet, ob im nächsten imperialistischen Kriege, der vor unseren Augen von der Bourgeoisie vorbereitet wird, der vor unseren Augen aus dem Kapitalismus herauswächst, 30 Millionen Menschen getötet werden (anstelle der 10 Millionen, die während des Krieges von 1914 bis 1918 und der diesen ergänzenden „kleinen" Kriege, die auch jetzt noch nicht beendet sind, getötet wurden), ob in diesem unvermeidlichen (wenn der Kapitalismus bestehen bleibt) zukünftigen Kriege 60 Millionen Menschen verstümmelt werden sollen, (an Stelle der von 1914—1918 verstümmelten 30 Millionen). Und in dieser Lage hat unsere Oktoberrevolution eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnet.

Die Lakaien der Bourgeoisie — die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die ganze kleinbürgerliche, angeblich „sozialistische" Demokratie — spotteten über die Losung der „Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg". Diese Losung aber hat sich als die einzige Wahrheit erwiesen — als eine unangenehme, grobe, nackte, grausame, aber dennoch als eine Wahrheit inmitten der Finsternis des raffiniertesten chauvinistischen und pazifistischen Betruges. Dieser Betrug ist aufgedeckt. Der Brester Frieden ist enthüllt. Jeder Tag enthüllt immer schonungsloser die Bedeutung und die Folgen eines noch schlimmeren Friedens, als es der Brester war, — des Versailler Friedens. Und immer klarer, immer deutlicher, immer unabwendbarer steht vor den Millionen und aber Millionen Menschen, die über die Ursachen des gestrigen Krieges und über den nahenden morgigen Krieg nachdenken, die furchtbare Wahrheit: man kann dem imperialistischen Kriege und der ihn erzeugenden imperialistischen Welt, man kann dieser Hölle nicht anders entgehen als durch den bolschewistischen Kampf und die bolschewistische Revolution.

Mögen die Bourgeoisie und die Pazifisten, die Generale und Kleinbürger, die Kapitalisten und Philister, alle gläubigen Christen und alle Ritter der 2. und 2½. Internationale diese Revolution wahnsinnig schmähen. Keine Ströme von Bosheit, Verleumdung und Lüge können die welthistorische Tatsache trüben, daß zum ersten Male im Laufe von hunderten und tausenden Jahren die Sklaven auf den Krieg der Sklavenbesitzer mit der offenen Proklamation der Losung antworteten: wollen wir diesen Krieg der Sklavenbesitzer, die ihn wegen der Teilung der Beute führen, in einen Krieg der Sklaven aller Nationen gegen die Sklavenbesitzer aller Nationen verwandeln.

(Schluß folgt.)

ersten Schuß, „der eine lebt noch", und da fiel ein zweiter Schuß. Ich dachte, mir würde es auch so ergehen und sagte, daß ich doch unschuldig wäre. Da sagte einer von der Schupo: „Laßt ihn doch gehen." Das war meine Rettung. Als ich ein paar Schritte gegangen war, krachte ein dritter Schuß. Hineinsehen in den Kalkofen konnte ich aber nicht, da alles dunkel darinnen war. Ich bin dann weiter gestoppt worden. Es war abends 8 Uhr. Nachts um 12 Uhr wurde ich in einem anderen Dorf in ein Spritzenhaus gesteckt. Hier befanden sich noch 28 Gefangene. Es kam dann das Kommando: Alles heraustreten. Von dort ging es nach Lenna. Dort war ich 14 Tage als Gefangener. Dann kam ich nach Wittenberg. Dort wurde ich am 26. April vom Richter freigesprochen, wurde aber trotz meiner Beschwerde nicht entlassen. Nach meiner Freisprechung war ich also trotz wiederholter Beschwerden noch 14 Tage gefangen in Wittenberg. Zeuge erklärt auf weitere Fragen dann noch, daß er drei Erschießungen gehört habe. Darunter Martin Deutsch. Man erzählt, daß Deutsch erschossen sei, weil er die Frau des Verwalters in Schafstädt vergewaltigt haben soll. Gen. Kilian: Sind Sie in der Angelegenheit schon vernommen worden? Zeuge: Beim dortigen Bürgermeister, etwa am sechsten Tage nach meiner Rückkehr aus Wittenberg, die ungefähr am 3. Pfingstfeiertag erfolgt ist.

Der nächste Zeuge ist

Fritz Brümann.

Vors.: Was ist Ihnen von den Erschießungen in Schraplau bekannt? Zeuge: Ich habe verschiedene Leichen gesehen. Ich wollte Brot holen und da stand die Sipo unten. Sie fragte mich, wohin ich wollte. Ich sagte, daß ich etwas zu essen haben wollte. Die Sipo fragte, weshalb ich nicht oben entlang gehe. Ich antwortete, daß der Weg zu weit sei. Als ich zurückkam, sah ich, wie drei Gefangene vorbeigebracht wurden von vier Sipoleuten. Vors.: Kannten Sie die Gefangenen? Zeuge: Damals noch nicht. Jetzt weiß ich, daß es Müller, Poblenz und Trautmann waren. Vors.: Was hat die Sipo mit den Gefangenen gemacht?

Zeuge: Sie sind geschlagen worden mit Gummiknüppeln während des Gehens und mit dem Gewehrkolben gestoßen worden,

dann wurden sie in den Kalkofen gebracht. Dann wurde mir gesagt, ich solle machen, daß ich den Berg hinaufkomme. Und als ich oben war, schossen sie. Ich habe sechs Schüsse gehört, gesehen habe ich nichts. Die sechs Schüsse fielen kurz hintereinander. Ich war direkt hinter dem Kalkofen. Ich dachte zuerst, die Sipo schieße ins Freie. Aber als die Sipo weg war, bin ich hingegangen und habe — 200 Meter weiter — die Toten liegen sehen. Vors.: Wie lange hat es gedauert, bis Sie zum Kalkofen kamen? Zeuge: Etwa eine Viertelstunde. Vors.: Was haben Sie da gesehen? Zeuge: Die drei Mann, die ich vorher gesehen hatte, waren unter den Toten. Es waren noch zwei Kinder mit, die glaubten, daß ihr Vater dabei sei und sie schrien. Daher habe ich die Leichen nicht näher untersucht. Was weiter passiert ist, weiß ich nicht. Die drei Leichen habe ich sofort erkannt, die drei anderen waren mir unbekannt. Abg.: Es ist gesagt worden, daß bei der Leiche des Poblenz die Eingeweide nach außen hin freigelegen haben, so daß die Vermutung naheliegt, daß er mißhandelt worden ist. Haben Sie das gesehen? Zeuge: Ich habe wohl Blut gesehen, aber weil die Kinder dabei waren, habe ich nicht so genau hingesehen. Vors.: An den Leichen ist Ihne also nichts besonderes aufgefallen? Zeuge: Nein. Gen. Kilian: In irgendeinem Aktenstück steht, daß die Verstümmelungen, die an der Leiche des Poblenz festgestellt worden sind, durch die Zivilbevölkerung beigebracht worden seien. Sie sind doch zweimal in den Kalkofen gegangen. Lagen die Leichen, als Sie das zweite Mal hineingingen, noch so wie beim ersten Male? Zeuge: Ja, sie lagen genau so wie vorher. Vors.: Wer hat die Leichen aus dem Kalkofen herausgeschafft? Zeuge: Das weiß ich nicht.

Zeuge Fuhrmann und Landwirt Richter aus Schraplau.

Vors.: Was ist Ihnen über die Erschießungen bekannt? Zeuge: Ich habe nichts gesehen, aber gehört. Ich habe oben auf einem Plateau auf meinem Acker geackert. Unter mir hörte ich mit einem Male

furchtbare Schmerzensschreie ausstoßen

und einige Minuten darauf knallte es. Wie oft es war, weiß ich nicht. Es kann fünf- bis sechsmal gewesen sein. Das war am 2. Osterfeiertage. Die Schüsse kamen aus der Richtung des Kalkofens. Vors.: Haben Sie gesehen, wer die Schreie ausgestoßen hat? Zeuge: Nein, wir mußten uns retten, da die Kugeln über uns flogen. Ich kletterte in die Schlucht hinein und blieb dort. Die Schreie hörte ich, als ich in der Schlucht war. Als alles ruhig war, bin ich heimgegangen. In Schraplau erzählte man sich dann, daß einige erschossen worden sind. Sonst weiß er von nichts. Zeuge erwidert auf die Frage des Gen. Kilian, daß er die Schupo von weitem hat kommen sehen. Er hat ferner gesehen, daß drei Eisenbahner, die sehen wollten, was los war, den Bahndamm entlang kletterten. Auf diese wurde geschossen. Kilian: Sind Sie auch beschossen worden? Zeuge: Ja, so daß ich das Ackerfeld verlassen und mich in die Schlucht retten mußte. Abg.: Woher wissen Sie, daß man auf Sie geschossen hat? Zeuge: Weil die Kugeln über uns geflogen kamen. Die Halde, auf der ich ackerte, liegt rechts von der Schlucht. Ein anderes Ziel als das Feld war nicht da. Abg.: Die vor der Erschießung von Ihnen gehörten Schmerzensschreie vernahmen Sie, waren sie, als ob einer mißhandelt würde oder waren es Hilfeschreie? Zeuge: Es waren Schmerzensschreie durch Mißhandlungen. Kilian: Sie haben aus den Schreien also geschlossen, daß Menschen mißhandelt worden sind? Zeuge: Ja.

Zeuge Dr. Gierig, Arzt.

Vors.: Was ist Ihnen bekannt über die Erschießungen von Aufständischen? Zeuge: Es sind erschossen worden: Poblenz, Trautmann und Müller; dann war noch ein junger Mensch aus Langenbogen, der ebenfalls erschossen worden ist. Vors.: Ist Ihnen der Hergang der Erschießung bekannt? Zeuge: Nein. Ich habe gesehen, wie die Leute vor meinem Fenster als Gefangene vorbeigeführt wurden. Später habe ich die Leichenbesichtigung vorgenommen. Es war nur eine einfache Feststellung des Todes zwecks Freigabe zur Beerdigung. Vors.: Und was haben Sie als Todesursache festgestellt? Zeuge: Tod durch Erschießen. Vors.: Haben Sie gesehen, ob auch Leute mit Rückenschüssen dabei waren? Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Die Leichen lagen alle auf dem Rücken. Und da es sich nur um eine einfache Leichenschau handelte, habe ich die Leichen nicht entkleidet, sondern sie nur von außen angesehen. Es hatten alle vier bis fünf Schüsse. Einer hatte auch einen Armschuß, ich glaube, es war Trautmann. Die anderen Schüsse gingen durch die Brust, vielfach auch durch den Kopf. Die Schüsse waren alle tödlich. Bei Poblenz weiß ich es genau, der Schuß saß ziemlich im Herzen. Den Totenschein habe ich der Polizei übergeben. Abg.: Haben Sie Verstümmelungen an der Leiche festgestellt? Zeuge: Nein. Eine Verstümmelung in dem Sinne nicht. Vielleicht an Poblenz. Man hatte die Leiche verletzt.

Durch die Hosen war in der rechten Leistengegend eine Darmschlinge hervorgezogen. Das ist aber an der Leiche geschehen.

Das Kennzeichen, daß das an der Leiche geschehen ist, ist, daß die Stelle ohne jede Spur von Blut war; ich habe wegen der Feststellung der Todesursache die Hose auseinander gemacht und dabei habe ich gesehen, daß die Wundränder ohne Blut waren. Das ist nur möglich, wenn die Verletzung an einem Toten geschehen ist. Wer das gemacht hat, weiß ich nicht. Es wurde erzählt, daß Poblenz einige Tage vorher zu seinem Genossen gesagt hat, wenn es auf die Sipoleute geht, solle man ihnen die Kaldaunen aus dem Leibe reißen. Dies habe ich nicht nur von Gegnern des Poblenz gehört, sondern auch von seinen Genossen. Das Herausziehen einer Darmschlinge an sich ist auch nicht gefährlich. Abg.: Sie sagten, daß Poblenz gesagt haben soll, man solle der Sipo die Kaldaunen aus dem Leibe reißen. Glauben Sie, daß die Sipo das nun mit ihm gemacht hat? Zeuge: Ja, das nehme ich an. Vors.: Wenn gleich nach dem Tode die Därme herausgerissen werden, ist dann die Wunde mit Blutspuren bedeckt? Zeuge: Nein. Mit dem Augenblick, wo der Tod eingetreten ist, kann Blut nicht mehr aus den Adern fließen. Kilian: Sie haben bei Poblenz die Hosen auseinander gemacht, um die Wunde festzustellen. Haben Sie da auch blutunterlaufene Flecke am Körper festgestellt? Zeuge: Nein. In der rechten Leistengegend war — ich möchte sagen — etwas wie ein geschnittenes Loch.

Es sah aus, wie mit einem Taschenmesser eingeschnitten.

Andere Anzeichen von Mißhandlungen habe ich nicht gesehen. Ich habe, als die Gefangenen vor meinem Fenster standen, eigentliche Mißhandlungen nicht gesehen. Man hat sie wohl mal gestoßen, aber Mißhandlungen habe ich nicht gesehen. Was sie mit ihm gemacht haben, war eigentlich mehr blamabel als Mißhandlung. Abg. Liebknecht: Sie wissen nicht, wie lange Zeit nach dem Tode dem Toten die Verletzungen beigebracht sein können oder müssen? Können es vielleicht 5 Minuten oder eine Viertelstunde sein? Zeuge: Es kann sein, es braucht aber nicht zu sein. Vors.: Wann kann die Verletzung geschehen sein? Zeuge: Das weiß ich nicht. Das Loch war offenbar durch Hosen, Unterhosen und Unterhemd eingeschnitten.

Zeuge Reinhold Werner, Zimmermann, aus Naumburg:

Ich habe im Leunawerk gearbeitet, wurde an die Wand gestellt und nach Waffen durchsucht. Mir wurde dabei alles weggenommen. Die Gefangenen mußten dann „Deutschland, Deutschland über alles" singen. Wir waren etwa 150 Mann. Die nicht sangen, wurden mit Gewehrkolben, Gummiknüppeln usw. bearbeitet. An der Tür mußten wir ein Hoch auf die Schutzpolizei ausrufen, dann wurden verschiedene Leute herausgesucht, im ganzen 9 Mann.

Sie wurden an die Wand gestellt und erschossen.

Die Sipo suchte sie einfach aus den anderen heraus. Die Mannschaften haben sich sehr roh benommen. Den Erschossenen wurde nichts gesagt, sie konnten sich nicht verteidigen, sie wurden einfach erschossen. Die Erschossenen hatten keine Waffen bei sich.

Die Offiziere standen dabei und lachten.

Auf unsere Entgegnung, daß wir nichts gemacht hätten, bekamen wir zur Antwort: „Komm her, du Schwein, dir werden wir's schon zeigen!" Erschossen wurden die Leute an einer Krankenbaracke. Geleitet wurde die Sache von einem Wachtmeister. Es schossen etwa 5 Mann. Diese stritten sich herum, wer die Leute erschießen sollte. Im ganzen waren ungefähr 30 Sipoleute da.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge nochmals: Die Leute wurden einfach herausgesucht. Mit dem Gesicht nach vorn stehend, wurde einer nach dem andern erschossen, bis alle 9 tot waren. Diese Sache dauerte etwa eine Stunde. Die Gefangenen wurden von einem Wachtmeister und einem Leutnant nach ihren Personalien befragt, worauf die 9 herausgegriffen und erschossen wurden, ohne irgendwelche Begründung. Die anderen Gefangenen wurden wieder zurückgeschickt. Zeuge hat ferner gesehen, daß vorher bereits zwei Leute erschossen worden sind. Die übriggebliebenen Gefangenen wurden dann in den Silo gebracht. Dort wurden sie 14 Tage festgehalten und fürchterlich mißhandelt. Drei Tage mußten sie auf dem kalten Boden zubringen. Einige haben sich ein Blasenleiden zugezogen. Wenn diese herauswollten, um ihre Notdurft zu verrichten, wurden sie mit dem Gummiknüppel gewaltsam wieder hineingetrieben. Ein junger Mann, etwa 20 Jahre alt, wurde derartig geschlagen, daß er bewußtlos zusammenbrach.

Sie schlugen ihn derart ins Gesicht, daß die Nasenspitze weg war.

Einer trat ihm auf das Schienbein und so gingen die Grausamkeiten den ganzen Tag. Mit Gummiknüppeln und Stöcken wurde auf die Gefangenen eingeschlagen. Wer blutig geschlagen worden war, durfte nicht verbunden werden. Außerdem wurde dem jungen Mann ins Gesicht gespien. Die Verpflegung war sehr schlecht, vier Tage bekamen die Gefangenen kein Brot, nur Schleimsuppe, dann gab es wieder sechs Tage lang kein Brot, nur Suppe. Später kamen die Gefangenen nach Wittenberg. Vorher waren noch mehr eingeliefert worden. Auch diese wurden sehr mißhandelt mit Kolbenschlägen, Gummiknüppeln. Ein gewisser Gierth blieb dabei bewußtlos liegen, bis man ihn fortschaffen mußte in eine besondere Zelle. Ein Arzt war im Leunawerk da, aber die kranken Leute wurden nicht zu ihm hingeschafft. Als der Arzt zu den Gefangenen kam, beschwerten sich diese bei ihm. Der Arzt wollte die Beschwerde vorbringen. Weiter meinte der Arzt, man solle die Kranken zu ihm bringen, hier drinnen könne er nicht behandeln. Kranke waren alle Tage vorhanden. Im ganzen waren in dem Raum 2300 Mann gefangen. Es waren darunter einige magenkrank, blasenleidend usw. Wenn diese hinauswollten, wurden sie geschlagen, um sie zurückzutreiben. Besonders tat sich bei den Grausamkeiten ein Oberwachtmeister Heim (oder ähnlich) hervor. Zeuge erklärt dann nochmals, daß er gesehen habe, daß vorher zwei Arbeiter erschossen worden sind. Es waren Sanitäter vom Roten Kreuz aus Bad Sulza. Es war am Büro. Ich hörte, wie man auf sie schimpfte, und dann wurden sie von zwei Sipoleuten erschossen. Waffen hatten sie nicht, sie hatten sich auch nicht am Kampf beteiligt, sie standen nur dort. Sie haben sich nicht gewehrt. Man erschoß sie ohne jede Untersuchung.

Abg.: Haben Sie bemerkt, als die Gefangenen wegen ihrer Personalien vernommen wurden, ob man die Namen aufgeschrieben hat? Zeuge kennt die Namen nicht. Abg.: Ist Ihnen ein gewisser Lederer bekannt aus Weißenfels, der mit im Silo war? Zeuge weiß es nicht genau. Abg.: Sind Sie auch mißhandelt worden? Zeuge: Als ich nicht mitsang, bekam ich eins mit dem Kolben. Das war beim Abtransport. Die Mißhandlungen wurden ganz willkürlich vorgenommen. Ohne Grund wurde auf die Gefangenen eingeschlagen, wohin es gerade traf. Abg.: Der Silo war ein großer Raum. Sollten die Kranken nach vorn geschafft werden? Zeuge: Ja, in die Ambulanz. Abg.: Ist der Arzt durch den ganzen Raum hindurchgegangen? Zeuge: Nein, er war nur vorn, der Raum war abgesperrt. Abg.: Ist er durch die Reihen der Kranken hindurchgegangen? Zeuge: Die Kranken sind zum Arzt gegangen und haben sich beschwert. Abg.: War bei der Feststellung der Namen ein Beamter in Zivil dabei, vielleicht ein Kriminalbeamter in Uniform? Zeuge weiß das nicht. Abg.: Die Fabrik wurde beschossen? Zeuge: Aus der Fabrik ist kein Schuß gefallen, da keine Waffen da waren. Abg.: Vorher sind doch Waffen in der Fabrik gewesen? Zeuge weiß das nicht, da er in der Zentralküche gewesen ist. Gen. Kilian: Sie sagten, Oberwachtmeister Heim hätte sich besonders bei den Mißhandlungen hervorgetan? Zeuge: Ja, er hat den jungen Mann so geschlagen, daß er liegen blieb, und dann hat er noch einen furchtbar geschlagen. Die beiden Leute waren mir bekannt. Zeuge (auf Frage): Es handelt sich um Düsseldorfer Schupo. Vors.: Womit wurde geschlagen? Zeuge: Mit dem Gummiknüppel, mit einem Spazierstock, überall, wohin es traf.

Der Spazierstock zersprang dabei.

Der junge Mann fiel hin und blieb besinnungslos liegen. Er kam dann nach Halle. Kilian: Ist Ihnen bekannt, daß dieser junge Mann an den Mißhandlungen gestorben ist? Zeuge hat gehört, daß er auf dem Transport gestorben sein soll. Kilian: Mir wurde berichtet in einem Brief: „Vor der Zentralküche wurden wir von Schupo durchsucht. Bei einem fand man eine Waffe und ein Seitengewehr, welches er als Andenken aufbewahren wollte. Man entriß ihm dasselbe und stieß es ihm in den Leib. Als der Verletzte zusammenbrach, gab man noch sechs Schüsse auf ihn ab." Wissen Sie hiervon etwas? Zeuge: Nein. Kilian: Ist Ihnen bekannt, daß die Leute auf dem Kopf stehen, springen mußten usw.? Zeuge: Nein. Ich weiß nur von den Kommandos: Stillgestanden! Rührt euch! Abg.: Ist im Silo eine besondere Zelle, wo besondere Mißhandlungen vorgenommen wurden? Zeuge: Ja, es war eine Bretterbude da. In diese schaffte man die Gefangenen, und dort wurden die Leute geschlagen.

Man hörte draußen die Schläge und das Schreien der Mißhandelten.

Zeuge selbst war nicht in der Marterzelle. Er sprach nur mit verschiedenen, die herausgekommen sind. Abg.: Wer wurde dort hingebracht? Zeuge: Leute, die von Meistern denunziert worden sind; die Meister gingen durch die Räume und suchten die Leute aus. (Fortsetzung folgt.)

Was bedeutet die Stinnesierung?

Auf dem Görlitzer Parteitag zeichnete Gustav Hoch die wirtschaftliche Lage mit folgenden Worten:

„Die Teuerung steigt weiter und weiter. Sie ist diesmal keine vorübergehende Erscheinung, vollzieht sich nicht allmählich mit Veränderungen im Wirtschaftsleben, sondern sprungweise und in gefahrdrohenden Formen. Ihr Grund ist der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft durch den Krieg und nach dem Kriege. Unser Geld ist kein Geld mehr, sondern nur der Schuldschein eines vollkommen überschuldeten Wirtschaftskörpers, der ständig an Wert verliert. Höhere Löhne, neue Steuern, alle Belastungen werden doppelt und dreifach auf die Warenpreise abgewälzt. Alle bisherigen und kommenden Steuern sind im voraus aufgezehrt. Die Kaufkraft der breiten Massen geht immer weiter zurück. Die glänzende Entwicklung unserer Ausfuhr ist ein besonders gefährliches Zeichen unseres Wirtschaftslebens. Es ist nicht die normale Ausfuhr aus dem Ueberschuß, sondern der deutsche Ausverkauf, und mehr und mehr schließen sich alle Länder, auch die freihändlerischen, gegen die Schmutzkonkurrenz dieses deutschen Elends ab. Stellen Sie sich den Winter vor mit der furchtbaren Teuerung und der Arbeitslosigkeit von Millionen. Das wird körperlich und seelisch unerträglich werden und dann stehen wir vor einem furchtbaren Entscheidungspunkt der Revolution. Denn das schlimmste ist, daß die Ausbeutung und Auswucherung unseres Volkes so groß und gewaltig ist wie noch nie. Gerade aus der Not ziehen die Kapitalisten ungeheuerlichste Gewinne. Weite Kreise ziehen ihr Geld aus der deutschen Industrie und spekulieren in Devisen, in Dollarwerten, die ihren Preis seit Mai verdoppelt haben. In diesem Zustand stehen wir vor unaufschiebbaren Entscheidungen. Werden sie nach den Rezepten der Koalition gefällt, dann steigen aufs höchste die Not und auch die Wut des arbeitenden Volkes. (Franz-Chemnitz: Die Wut auch gegen uns!) Jetzt will die Industrie selbst die Gelder für die Zahlung der Devisen in der nächsten Zeit aufbringen.... Will man den Kampf für unsere Ziele durchkreuzen, wie man den Kampf für die Sozialisierung durch die Kleinaktien auf die lange Bank geschoben hat? Auch unter Gradnauer ist das Sozialisierungsgesetz für die Kommunen nicht herausgekommen. Ich fürchte, die Angebote der Industrie sollen nur unsere Kraft für den Eingriff in das investierte Kapital schwächen und uns zu Steuern verleiten, die doch wieder abgewälzt werden. Oder laufen die Vorschläge der Industrie gar darauf hinaus, daß sie dem Reich die jetzt gehamsterten Devisen mit einem schönen Aufschlag zur Verfügung stellen? Soll nur ein neuer großer Gewinn für die Devisenschieber gemacht werden? Wir haben es mit sehr geschäftsgewandten und gerissenen Herren zu tun und wollen uns nicht hereinlegen und die Ausbeutung noch steigern lassen."

Das hat ein Sozialdemokrat gesprochen. Jetzt ist die Sozialdemokratie drauf und dran, die Koalition mit Stinnes doch einzugehen. Dieser Plan der SPD.- und USP.-Führer muß von der breiten Masse des Proletariats durchkreuzt werden.

Vom 4. bis 14. November:
Internationale Kommunistische Werbewoche!

Kartoffelwucher der Großagrarier.

Produktionskosten für einen Zentner Kartoffeln Mark 14,76.

„Kartoffelnot besteht nicht."

„Kein Anlaß zu Besorgnissen über die Kartoffelversorgung liegt vor. Unbegründet sind die Befürchtungen, die diesjährigen Kartoffelpreise würden von Interessentenkreisen übermäßig in die Höhe geschraubt. 40 bis 45 M. kosten die Kartoffeln in den Erzeugergebieten."

Das war der Inhalt einer halbamtlichen Beruhigungspille, die vor einigen Wochen durch den ganzen Blätterwald lief. Kartoffelnot in den Städten Thüringens, in Hessen, in Sachsen, in Süddeutschland, im Ruhrgebiet, im Kartoffelgebiet Mecklenburgs, in Pommern, in Brandenburg, kurz in fast allen Städten Deutschlands, — ist, unbeachtet der Beruhigungspille, zu verzeichnen. Erzeugerpreise von 55, 60 und 65 M. pro Zentner Kartoffeln, Handelspreise von 70, 80 und 90 M. pro Zentner gehören wohl zu den „übermäßig in die Höhe geschraubten" Kartoffelpreisen.

Eine starke Beunruhigung unter der städtischen arbeitenden Bevölkerung hat eingesetzt. Die Gewerkschaften sehen sich gezwungen, die Regierung zu veranlassen, Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erklärt sich, außer einigen Versprechungen, auf vermehrte Wagengestellung, als machtlos. Die Deutschnationalen fordern Verbilligung der Eisenbahnfrachten und vermehrte Wagengestellung zum Transport für Kartoffeln. Sie suchen den Unwillen der werktätigen Massen auf die Regierungsinstanzen abzuwälzen, um dabei selbst immer höhere Wucherpreise zu fordern, oder die Kartoffeln zum Schnapsbrand zu verwenden.

Das Hungern wird verboten und mit Zuchthaus bestraft.

Gleichzeitig fordert der Reichslandbund, laut seinem gleichnamigen Organ vom 15. Oktober 1921 vom Preußischen Justizministerium, anläßlich von Unruhen in hannoverschen Kreisen, daß „künftighin stärkere Polizeikräfte bei derartigen Unruhen an die besonders bedrohten Ortschaften des flachen Landes geschaffen werden"! Ferner heißt es in der Eingabe:

„Der Hannoversche Landbund teilte uns mit, daß aus Anlaß der Unruhen, die kürzlich in einigen Kreisen Hannovers stattgefunden haben, eine Reihe von Strafanzeigen erfolgt ist. Der Hannoversche Landbund bittet das Preußische Justizministerium dafür eintreten zu wollen, daß die schnelle Durchführung dieser eingeleiteten Strafverfahren gegen die Haupträdelsführer, ebenso die Durchführung der Schadenersatzklagen angeordnet wird.

Zur Beruhigung des Landvolkes möchten wir den Antrag des Hannoverschen Landbundes befürworten."

Blaue Bohnen bekommt Ihr, wenn Ihr, Arbeiter, Hungerrevolten veranstaltet. Ins Zuchthaus mit denen, die es wagen, auszusprechen, was Euch bewegt. Justiz, Polizei, zum Schutze des großagrarischen Wuchers.

Pardon! Ich lese eben auf der ersten Seite des genannten Organs, daß Erzeugerpreise von 56 bis 58 M. und für gelbfleischige von 61 bis 63 M. pro Zentner Kartoffeln kein Wucher sind, sondern amtlich notierte Erzeugerpreise. Nicht einmal 67 M. Erzeugerpreis für den Zentner Kartoffeln wäre Wucher! Warum nicht? 1920 wurden Höchstpreise festgesetzt von 30 M. für den Zentner. Die Indexkommission hat festgestellt: wenn die landwirtschaftlichen Erzeugerkosten am 1. 1. 1920 gleich 100 gesetzt werden, die Indexzahlen dann im August 1921 gleich 224,23 M. beträgt. Entsprechend dem vorjährigen Vertragspreis müßte der Kartoffel-Erzeugerpreis also 67,20 M. betragen. So rechnet der Reichs-Landbund und betont: „so hoch ist der Preis beim Erzeuger unseres Wissens keineswegs gestiegen".

Die wirklichen Erzeugerkosten im Junkerbetrieb.

Wir wollen eine andere Rechnung dem gegenüberstellen. Mitte Februar 1921 veröffentlichte Joachim Köhne eine Produktionskosten-Berechnung in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse Nummer 12, 13, 14. Die Berechnung stützt sich auf die Verhältnisse seiner väterlichen Wirtschaft in Westfalen mit 230 ha (920 Morgen) Ackerland, mit Wiese und Weide usw. 285 ha.

Der Gestellungswert von Grund und Boden beträgt: 684 000 M., der der Gebäude 160 000 M., in Summa 844 000 M. Die Verzinsung dieser Summe zu 4½ Prozent beträgt 37 980 M. Auf ein Hektar entfallen demnach 125,85 M. Da durchschnittlich 260 Zentner Kartoffeln auf 1 ha entfallen, so ergibt sich für einen Zentner Kartoffeln eine Kapitalverzinsung von 0,485 M. Auf Grund der Berechnungen Köhne's, nur entsprechend der inzwischen gestiegenen Preise, ergibt sich für die Ernte 1921 folgendes:

An Düngemitteln werden jährlich 4000 Zentner Kalk bei 230 ha Ackerboden, pro Hektar also 17,4 Zentner gebraucht. Der Zentner Kalk kostete 1920, Düngung für die Ernte 1921, durchschnittlich 10 M. Das sind 174 M. pro Hektar oder für einen Zentner Kartoffeln 0,67 M. Hinzu kommen für Kartoffeldüngung 2 Zentner Chlorkalium pro Hektar zum Preise von 28,80 M. pro Zentner, umgerechnet auf einen Zentner Kartoffeln ergibt sich 0,22 M.

Ferner wurden verwendet jährlich 28 200 Zentner Stalldünger oder deren Düngewert an künstlichen Düngemitteln. Der Preis des Stalldüngers wird nach verschiedenen Methoden berechnet. Köhne lehnt sich an die Berechnungsmethode des von der Goltz an, die sich stützt auf den Preis der landwirtschaftlichen Produkte. Goltz berechnet auf der Grundlage des Preises für Roggen, der der Hauptvertreter der Ackerbauprodukte ist, für einen Zentner Stalldünger 0,50 M., wenn der Zentner Roggen 8 M. kostet. Der Roggenpreis für 1920 betrug 75 M., demnach kostet ein Zentner Stalldünger 4,68 M. Beträgt die Gesamtmenge des verwendeten Stalldünger 28 200 Zentner, so entfällt auf 1 ha der 230 Teil = 122,60 Zentner, der einen Wert von 573,76 hat. Auf einen Zentner Kartoffeln entfallen 2,20 M.

Kartoffeln zur Saat werden pro Hektar 32 Zentner gebraucht. Der Preis für 1 Zentner belief sich 1920 auf 35 M. Die Kosten für Saatgut betrugen also umgerechnet auf den geernteten Zentner 4,30 M.

Nun sind noch zu berechnen die Kosten für tierische und menschliche Arbeitskraft.

Ein Pferd arbeitet jährlich durchschnittlich 250 Tage. Der Anschaffungswert betrug 1920 für ein Pferd etwa 18 000 M., die Verzinsung ist mit 5 v. H., die Abschreibung mit 10 v. H., die Versicherung mit 5 v. H. in Ansatz zu bringen, der Lohn des Knechtes beträgt (bei zwei Pferden) im Durchschnitt 1920-21 = 4 500 M. Täglich werden 12 Pfund Kraftfutter pro Zentner im Durchschnitt 80 M., 20 Pfund Heu, pro Zentner 80 M. gegeben. Jährliche Kosten für Tierarzt und Arzneimittel 150 M., der Beschlag kostet jährlich 12 neue Eisen, je 20 M. = 240 M., dreimaliges Umbeschlagen, je 20 M. = 60 M. Kosten für Unterhaltung des Geschirrs und dergl. für ein Pferd rund 200 M. Demnach kostete ein Pferdearbeitstag für die Ernte 1921:

Arbeitslohn	9,00 M.
Verzinsung	3,60 „
Abschreibung	7,20 „
Versicherung	3,60 „
Kraftfutter	9,60 „
Heu	8,00 „
Stroh	2,87 „
Beschlag	1,20 „
Tierarzt	0,60 „
Unterhaltung d. Geschirrs u. dergl.	0,80 „
Summa	46,47 M.

In der, unserer Berechnung zu Grunde liegenden Gutswirtschaft sind zur Bestellung und Ernte für 1 Hektar 22 Pferdearbeitstage notwendig. Der Wert dieser Pferdearbeitstage beträgt 22mal 46,47 M. = 1022,34 M. In einem Zentner Kartoffeln ist demnach an tierischer Arbeitsleistung ein Wert von 3,93 M. enthalten.

Menschliche Arbeitskraft wird bei Kartoffeln folgende erfordert:

1. Reihenziehen: an einem Tage werden 2 Hektar markiert. Diese Arbeit erfolgt in den meisten Fällen durch jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, oder auch durch Schulkinder. Männliche Arbeiter unter 16 Jahren erhielten im Erntejahr 1921 durchschnittlich 6 M. pro Tag. Dies macht auf einen Hektar 3 M. oder auf einen Zentner Kartoffeln 0,012 M.

2. An einem Tage pflanzen 8 Frauen und 4 Jugendliche 1 Hektar Kartoffeln. Der Lohn der Jugendlichen beträgt 4mal 6,— M. = 24,— M., der der Frauen bei zehnstündiger Arbeitszeit täglich 8,— M., in diesem Falle also 8mal 8,— M. = 64 M. Zusammen pro Hektar 88 M. oder Produktionskosten pro Zentner Kartoffeln 0,34 M.

3. 2 Pferde rillen mit 2 Rillpflügen an einem Tage 2 Hektar. Zur Bedienung ist ein Jugendlicher erforderlich. Demnach kostet ein Hektar den halben Lohn für einen Jugendlichen, das sind 3 M., da dreimal gerillt wird, kostet diese Arbeit pro Hektar 9,— M., auf einen Zentner Kartoffeln umgerechnet = 0,04 M.

4. Eine Frau rodet in einem Tage 8 Zentner Kartoffeln, die sie auch auflieft und auflädt. Das macht pro Zentner 8 : 8 = 1,— M.

Auf die gesamten Erzeugerkosten für einen Zentner Kartoffeln entfällt also für die menschliche Arbeitskraft: 1,39 M. Hinzu kommen noch Verwaltungskosten, die mit 18 000 M. (hochgegriffen), auf das gesamte Ackerland zu berechnen sind. Pro Hektar macht das 78,25 M. oder pro Zentner Kartoffeln 0,30 M.

Steuern, Abgaben und Versicherungsprämien entfallen auf 1 Hektar etwa 28,— M., auf einen Zentner Kartoffeln rund 0,10 M.

Allgemeine Wirtschaftsunkosten betragen pro Hektar 50,— Mark, entfällt auf einen Zentner Kartoffeln rund 0,20 M.

Das Resultat:

Zur leichteren Uebersicht möge nachstehende Tabelle die Gesamtproduktionskosten für einen Zentner Kartoffeln zeigen:

1. Grundkapitalszinsen	0,48 M.
2. Kalkdüngung	0,67 „
3. Chlorkalium	0,22 „
4. Stalldünger	2,20 „
5. Saatkartoffeln	4,30 „
6. Gespannkosten	3,93 „
7. Menschliche Arbeitskraft	1,39 „
8. Verwaltungskosten	0,30 „
9. Steuern, Abgaben, Versicherung	0,10 „
10. Allgemeine Wirtschaftsunkosten	0,20 „
Summa:	13,79 M.

Es sollen noch hinzugerechnet werden die Zinsen für das umlaufende Kapital zu 7 Prozent, wie es v. d. Goltz vorschlägt, d. h. bei einem Zentner Kartoffeln 7 Prozent von 13,79 M. = 0,92 M.

Demnach beträgt für die Ernte 1921 der Erzeugerpreis in Großbetrieben für einen Zentner Kartoffeln 14,76 M.

Dieser Preis unterliegt selbstverständlich Schwankungen. Die Bodenerträge sind nicht in allen Betrieben dieselben. Je nachdem die Kartoffelernte über oder unter 260 Zentner pro Hektar beträgt, verschiebt sich auch der Produktionspreis. Ferner ist zu beachten, daß landwirtschaftliche Kleinbetriebe bedeutend teurer produzieren, so daß der Kleinlandwirt zwischen 20 M. und 25 M. Erzeugerkosten pro Zentner Kartoffeln haben dürfte. Dem entspricht auch die Meldung der „Rügenschen Zeitung", wonach der Bauernpächter Rämel erklärte, mit 28 M. pro Zentner Kartoffeln käme er gut aus.

Wir waren schon öfter in der Lage, über Kartoffelabgabe durch Kleinbauern von 25,— M. pro Zentner zu berichten, desto unverständlicher sind die Preisforderungen von 50,— Mark, 60,— M. und mehr Mark durch die Großagrarier. Desto unverständlicher ist die Rechnung auf 67,— M. Erzeugerkosten pro Zentner Kartoffeln durch die sogenannte „unparteiische" Indexkommission. Sie zeigt sich damit als die treue Dienerin des Reichslandbundes, der Junker!

Dem Wucher der Junker und Großgrundbesitzer ein Ende zu machen, ist Aufgabe der gesamten arbeitenden Bevölkerung! Dem einigen, geschlossenen Handeln aller Werktätigen wird und muß es gelingen, die Erfassung sämtlicher größerer Kartoffelmengen auf den Großgrundbesitzen zu erzwingen! Sie auf kürzestem Wege unter Ausschaltung des Zwischenhandels zu den von den Organen der Land- und Industriearbeiter und der Kleinbauern festzusetzenden Preisen dem arbeitenden Volke zuzuführen! Die Selbsthilfe der werktätigen Massen zu organisieren und tatkräftig durchzuführen, ist die Pflicht sämtlicher Arbeiterparteien und Gewerkschaften!

Arbeiter! Arbeiterinnen! Zwingt Eure Organisationen zu dieser Pflicht!

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Bankrott der Arbeitsgemeinschaftspolitik.

In der Beilage Nr. 3 des „Korrespondenzblatts" vom 22. Oktober veröffentlicht der ADGB. die genaue Jahresabrechnung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1920. Wir entnehmen dem reichhaltigen Zahlenmaterial folgende Ziffern: Am Schlusse des Jahres 1920 betrug die Mitgliederzahl der dem ADGB. angeschlossenen sogenannten freien Gewerkschaften 8 025 682, darunter 1 697 639 weibliche Mitglieder. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug insgesamt 688 205 Mitglieder. Die Zahl der Zweigvereine resp. die Zahl- oder Verwaltungsstellen der freien Gewerkschaften ist im Berichtsjahr von 23 862 auf 27 271 angewachsen. 12 Verbände haben über 100 000 Mitglieder und weisen im Jahresdurchschnitt folgenden Mitgliederstand auf: Metallarbeiter 1 647 916, Landarbeiter 695 665, Fabrikarbeiter 643 800, Transportarbeiter 586 080, Textilarbeiter 491 480, Bauarbeiter 470 749, Bergarbeiter 450 320, Eisenbahner 428 174, Holzarbeiter 379 381, Angestellte 376 400, Gemeindearbeiter 288 274 und Bekleidungsarbeiter 143 590. Von den übrigen 37 Verbänden hatten 12 über 50 bis 100 000, 6 über 25 bis 50 000 und 19 Verbände unter 25 000 Mitgliedern. Der kleinste Verband ist der der Schornsteinfeger mit 3380 Mitgliedern.

Die Abrechnung zeigt, daß der stürmischen Mitgliederzunahme der Jahre 1918 und vor allem 1919 eine langsamere Entwicklung gefolgt ist, die aber, das steht heute schon fest, im Jahre 1921 durch eine Stagnation, ja, eine Mitgliederabnahme in einer Anzahl Organisationen abgelöst wurde. Die Bewegung des Mitgliederstandes bestätigt glänzend die von Rosa Luxemburg schon im Jahre 1906 ausgesprochene Behauptung, daß im Gegensatz zu der Auffassung der Gewerkschaftsbürokratie nicht nur die politischen, sondern auch die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen nur im revolutionären Klassenkampf erstarken und Macht gewinnen können.

Wie die Mitgliederzahlen ausweisen, strömten in den Revolutionsmonaten große, bisher indifferente oder gar gelb und nationalistisch gesinnte Massen den Gewerkschaften zu, weil sie instinktiv in diesen Organisationen die Träger des proletarischen Machtkampfes sahen. So schnellte der Mitgliederstand der freien Gewerkschaften in wenigen Monaten von ca. 2½ auf 7½ Millionen empor. Die Richtigkeit der Auffassung der Genossin Luxemburg wird noch erhärtet durch die Tatsache, daß seitdem die Gewerkschaftsbürokratie in den Wirtschaftskämpfen wieder vollkommen bestimmenden Einfluß erlangt hat und systematisch jedem Kampf mit dem wieder erstarkenden Kapitalismus ausweicht, die Mitgliederzunahme einer Stagnation und schließlich einer Abnahme gewichen ist.

Der zahlenmäßigen Abrechnung im „Korrespondenzblatt" ist eine längere Einleitung vorangestellt, in der folgende Stellen besonderes Interesse beanspruchen:

„Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes zeichnet sich seit Beendigung des Krieges aus durch eine vollendete Planlosigkeit, die eine genaue Analyse unmöglich macht. Die an die Kriegsbeendigung geknüpfte Erwartung, daß, wenn auch nach einer schmerzlichen Uebergangszeit, doch baldigst sich die Anfänge einer Erneuerung des Wirtschaftslebens bemerkbar machen würden, hat bis jetzt betrogen. Es scheint, als ob die Mächte des Kapitals aus dem Labyrinth von Irrgängen nicht mehr herauszufinden vermögen."

Diese Erkenntnis des ADGB. kommt reichlich spät. Seit Jahren haben die Gewerkschaftsführer den Arbeitern vorgeredet, daß nur durch gemeinsame Arbeit mit dem Unternehmertum, mit dem gesamten Bürgertum die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft wieder in geordnete Bahnen gelenkt werden könne. Sie sind zu diesem Zweck die Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum eingegangen und jeder, der schon zu Beginn dieser konterrevolutionären Politik und seitdem auf dem Standpunkt standen, daß die Arbeitsgemeinschaft nur dem Unternehmertum nütze, aber der Arbeiterschaft großen Schaden zufüge, und außerdem das wirtschaftliche Chaos nicht beseitigen könne, wurde von den Gewerkschaftsstrategen als ein Phantast und ein gewissenloser Volksverführer bezeichnet.

Hier wird nun von den Schöpfern und Verteidigern der Arbeitsgemeinschaft in dürren Worten der Bankrott dieser Politik ausgesprochen. Die Arbeiterschaft hat diese späte Einsicht der Gewerkschaftsführer schon bitter bezahlen müssen. Leider zeigt die augenblickliche Stellungnahme des ADGB. zu den großen Wirtschaftskämpfen nicht, daß er in Zukunft aus seiner neuesten in den angeführten Sätzen zum Ausdruck gekommenen Auffassung, die Konsequenzen ziehen will, denn trotz der „Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft ist er auch heute noch bestrebt, diese Wirtschaftsweise aufrecht zu erhalten.

Dem nicht genug. Der ADGB. sucht den Bankrott seiner Politik zu verteidigen mit einer — Kommunistenhetze, denn nachdem er einige nichtssagende Redensarten über die Hemmung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus durch den Friedensvertrag gemacht hat, macht er vor allem die Bolschewisten für die heutigen Zustände in Deutschland verantwortlich. Es heißt in der Einleitung:

„Sie (die Kennzeichnung der Entente) kann mit dem gleichen Recht auch angewandt werden auf die Usurpatoren des Ostens, die durch das brutale Mittel der Gewalt (!) sich die Herrschaft über das russische Volk angemaßt haben (!) und jeden Versuch einer Auflehnung gegen ihre Diktatur aufs Grausamste unterdrücken. Diese Gewaltherrschaft lähmt und tötet die Lebensenergien dieses großen, an Naturschätzen so reichen Landes, das selbst unter der berüchtigten Zarenherrschaft eine Quelle der Versorgung anderer Völker mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen war. Hätte das russische Volk nach dem Sturze des Zarenabsolutismus sich die Demokratie (!) erringen und bewahren können, so wäre ihm unter der Führung seiner intelligenten Kreise sicher eine zukunftsreiche Entwicklung beschieden gewesen, die auch von großem Nutzen für das deutsche Volk gewesen wäre."

Wie alle Bankrotteure, schiebt auch hier der ADGB. die Schuld seiner verfehlten Politik anderen zu, obwohl gerade in den jetzigen Tagen die bürgerliche Demokratie in Deutschland so kläglich Schiffbruch erleidet und aller Welt zeigt, daß es im gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Wirtschaft nur zwei Wege gibt: entweder Diktatur des Proletariats oder Diktatur des Kapitals. Und da verlangt der ADGB. von den russischen Arbeitern Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie!

In Deutschland herrscht heute der kapitalistische Diktator Stinnes. Die derzeitigen Führer des ADGB. können oder wollen nicht sehen, daß diese kapitalistische Diktatur nur durch eine volle Ausnützung der proletarischen Machtmittel gebrochen werden kann. Umso mehr ist es Aufgabe unserer Genossen in den Gewerkschaften, unermüdlich zu agitieren und aufzuklären, um die gewaltige Macht, die die acht Millionen Gewerkschaftsmitglieder darstellen, in den Dienst des Klassenkampfes, in den Dienst der Revolution zu stellen.

Breslauer Nachrichten.

Parteigenossen!

Die Kommunistische Internationale hat für die Zeit **vom 4. bis 11. November eine Werbewoche für die Kommunistische Partei** angesetzt.

Genossen! Es gilt, der Bourgeoisie, der Reaktion zu zeigen, daß **der kommunistische Gedanke lebt**, daß die Revolutionierung der immer und immer mehr verelenden **Proletarier fortschreitet**. Der ungeheure wirtschaftliche Druck, der offene Verrat der Sozialdemokraten in Görlitz, der Terror der Bourgeoisie und der Justiz drohen, breite Massen der Arbeiterschaft in stumpfe Resignation, aus Verzweiflung an der eigenen Kraft, versinken zu lassen. **Wir Kommunisten haben die Pflicht, die leuchtende Fackel zu sein, die der Arbeiterschaft den Weg aus Elend und Verzweiflung weist.** Durch Einsetzen unserer ganzen Energie, **zähe Kleinarbeit in Haus und Betrieb**, müssen wir alle die **Tausende, die heute schon mit uns sympathisieren**, durch klare Propaganda der kommunistischen Idee, zu aktiven Mitkämpfern, zu überzeugten Kommunisten machen.

Unsere Agitation muß sich erstrecken auch auf die **Frauen, die jetzt die ganze Schwere der unerhörten Preissteigerung zu tragen haben**, und auf die **Jugend**, die am **schwersten und unerbitterlichsten ausgebeutet wird.** Vergeßt auch nicht das Landproletariat. Geht an bestimmten Tagen dieser Werbewoche hinaus aufs Land und zeigt den Landarbeitern und Kleinbauern an Hand der **Lohnkämpfe** und der **neuen Steuern**, wo sie hingehören und wer für sie kämpft.

Am 7. November, Jahrestag der russischen Revolution, veranstaltet ernste, würdige Feiern. Dieser **Tag gehört Sowjetrußland.** An diesem Tage hat sich jeder Genosse in den Dienst der Sammeltätigkeit zu stellen. Laßt uns beweisen, daß wir die unerhörten Opfer der russischen Proletarier zu würdigen verstehen.

Gedenkt weiter der Opfer der deutschen Revolution, die hinter Kerkermauern schmachten oder als Hinterbliebene der Märzgefallenen schwer um ihr Leben ringen. Die **„Rote Hilfe" hat die Aufgabe, die dem Proletariat geschlagenen Wunden zu heilen**, seine Schmerzen zu lindern. Sagt das den Arbeitern, und sie werden ihr Scherflein beitragen.

Der Broschürenvertrieb muß in dieser Werbewoche ganz erheblichen Umfang annehmen. Der Mangel an Wissen ist es, der breite Massen noch von uns fernhält. Wenn wir das erkennen, müssen wir auch wissen, daß **unsere kommun. Literatur eine Waffe ist**, von der wir ausgiebig Gebrauch machen müssen. Wenn nicht mehr genügend Literatur bei Euch am Orte ist, so bestellt solche sofort bei der Bezirksbuchhandlung, Breslau, Gräbschener Straße 45, Fritz Ulbrich.

Genossen! Es ist moralische Verpflichtung jedes Kommunisten, in dieser Werbewoche neue Genossen zu gewinnen und Leser für die „Schlesische Arbeiterzeitung" zu sammeln.

Zeigt, daß Ihr nicht nur ein kommunistisches Mitgliedsbuch, sondern auch kommunistische Aktivität besitzt.

Auf! An die Arbeit!

Bezirksleitung KPD. Schlesien.

Die notleidende Bourgeoisie.

Die deutsche Bourgeoisie gibt sich die erdenklichste Mühe, der Entente nachzuweisen, daß Deutschland vor dem Ruin steht. Die ungeheure Not der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist fast unerträglich, aber das ist für die schlemmende und prassende bürgerliche Gesellschaft durchaus keine Veranlassung, sich selbst irgendetwas abgehen zu lassen. Sie schwimmen in Sekt, frönen ihren perversen Neigungen durch Nachtkürze usw., während das Proletariat langsam dem Hungertode entgegensieht. Der Höhepunkt ist jedoch eine Notiz über eine Berliner Hundeschau, die wir einem hiesigen Blättchen entnehmen. Es heißt da: ... **entwickelt sich der Luxushund deutscher Zucht immer mehr zu dem formenschönen, aber in seiner Lebenshaltung verwöhnten Liebling der eleganten Frauenwelt. Die Zwerghunde, Spaniels und Zwergbulldoggen wiesen schon durch die luxuriöse Ausstattung ihrer Stände und durch die zärtliche Fürsorge, die ihnen von ihren, sie während der ganzen Ausstellungsdauer treu bewachenden „Frauchen" zuteil wurde — einzelne kamen mit ganzen Babyzimmereinrichtungen angerückt, einschließlich Thermos-Flaschen mit gewärmter Milch — darauf hin, daß sie nur bestimmt sind, das Auge zu erfreuen und für große Kinder Puppenersatz zu bilden.**

Es gehört eben die ganze Unverschämtheit und Frivolität dieser von Arbeitergroschen gemästeten Bourgeoisie dazu, um in dieser Zeit, da Tausende von Kindern und Erwachsenen an Unterernährung zugrunde gehen, wo der größte Teil des deutschen Volkes die bitterste Not leidet und nicht weiß, wie es dem kommenden Winter mit seiner Kälte und Teuerung begegnen soll, sich derartig provozierend aufzuspielen.

Wie lange wird sich das am Hungertuche nagende Proletariat derartige Provokationen gefallen lassen? Erst dann wird es anders werden, wenn diese Schmeißfliegen am Volkskörper zu geistschaftlich nutzbringender Arbeit gezwungen werden. Das wird aber nicht die kapitalistisch-demokratische, das wird nur die sozialistische Republik fertigbringen.

Zettel der Gewerkschaftsbürokratie.

Eine Betriebsversammlung der Schöllerschen Kammgarnspinnerei Stabelwitz beschäftigte sich mit der Durchbrechung des Achtstundentages. Bis vor kurzem wurden täglich 10 Stunden gearbeitet. Das ging acht Wochen lang und war während einer Zeit, wo in Sachsen und Thüringen fast die gesamten Textil- und Webereiarbeiter im Streik standen. Man sollte meinen, daß der Verband der Textilarbeiter ganz energisch dagegen Stellung nähme — weit gefehlt, das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Betriebsversammlung, die unter der Führung des Textil-Gewerkschaftsbeamten Gürtler lediglich zu dem Zweck stattfand, die Arbeitszeit erneut für vier Wochen auf 10 Stunden täglich festzusetzen, ist der Beweis, daß die Verbandsbürokratie recht viel für die Unternehmer übrig hat und recht wenig soziales Verständnis zeigt. Die Arbeiterschaft wollte anfangs nichts davon wissen, ließ sich aber durch den Rechtssozialisten Grunwitz überreden und stimmte dann dafür.

Solange die Gewerkschaften derartig handeln und ihre Wirtschaftsfriedlichkeit solche Formen annimmt, muß sich die Lebenslage der Arbeiterschaft immer mehr verschlechtern. Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt Euch in den Gewerkschaften den Kommunisten an, die es sich zur Aufgabe machen, die Gewerkschaften zu revolutionieren, zu dem zu machen, was sie sein sollen: zu Klassenkampforganen.

Stellt sie an die Wand.

Die christliche Arbeiterpresse schreibt:

„. . . . Regierung, Bischöfe, Geistliche, Abgeordnete, alles hat sich schon bemüht, geholfen hat es aber nichts. Der Kartoffelpreis steigt. Händler, Bauern und leider auch einige zahlungskräftige Verbraucher treiben die Preise weiter. Und die große Masse? Sie schaut diesem Treiben heute noch apathisch zu, bis das Maß voll ist.

Man hat in Berlin anscheinend die Fühlung mit der Masse, mit dem Volke, verloren, sonst dürfte die Stimmung dort nicht unbekannt sein. Es wird aber höchste Zeit, daß wir wieder Fühlung miteinander bekommen, denn langsam nistet sich ein Geist — auch in die aufrecht und wirklich national denkenden Kreise — ein, der gefährlich und radikal zu werden droht. Die große Masse der Arbeitnehmer ist ausgepumpt, in Beamtenkreisen besonders herrscht eine Not, wie sie schlimmer nicht werden kann. Die letzten Teuerungszulagen waren wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Kleidung, Nahrung, alles ist verbraucht, und nun kommt eine Preiswelle, die alles andere in den Schatten stellt. Selbst das Notdürftigste, die Kartoffel, ist unerschwinglich. Will man da noch Arbeitslust erhoffen? Und auf der anderen Seite? Riesengewinne, Prassen, Schwelgen in nie gekannter Art und Weise. Woher haben diese Kreise denn noch so viel Geld? Dem Arbeitnehmer wird von seinem knappen Lohne, der nicht einmal an das Existenzminimum heranreicht, noch der Steuergroschen abgezogen — die große nationale Tat. Und wo sind die Steuern der anderen? Jeder, der heute mehr nimmt, als zum Leben unbedingt notwendig ist, treibt Wucher, treibt Vaterlandsverrat.

Wo ist der große Mann, der hier endlich reine Bahn schafft? An die Wand mit jedem Schieber und Wucherer, man schließe sofort die Stätten wüsten Schwelgens und unsinniger Verschwendung.

In letzter Stunde rufen wir der Regierung noch einmal zu: „Werde hart!"

Da stampfe, kann man da sagen. Ausgerechnet die Zentrumsleute kämpfen gegen das Schieber- und Wuchergesindel.

Diese scheinheilige Gesellschaft mag doch erst mal bei ihrem Parteifreund, dem Reichsunterernährungsminister Hermes den Anfang machen oder den katholischen Großagrariern etwas auf die Füße treten.

Den christlichen Arbeitern aber sei gesagt, daß sie auf diese Art und Weise das Schieber- und Wuchertum nicht beseitigen werden. Nur die Enteignung des Besitzes, nur der Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nur der Aufbau des Wirtschaftslebens auf kommunistischer Grundlage kann uns aus diesem Schlamassel, in das uns das ganze kapitalistische Schieber- und Wuchergesindel aller Konfessionen gestürzt haben, retten.

Aus der Provinz.

Görlitz. Unser Genosse Wenzel ist nach siebenmonatlicher Untersuchungshaft endlich am 27. d. Mts. der Freiheit wiedergegeben worden. Wir hoffen, daß er sich recht bald von seinem siebentägigen Hungerstreik erholt, damit er wieder, wie vordem, als revolutionärer Klassenkämpfer in die Schranken tritt.

Bunzlau. Sämtliche Arbeiter der Chamotte- und Tonröhrenfabriken Küttner, sowie Hoffmann u. Co. sind am 27. Oktober in den Streik getreten. Die Arbeiter, die zu den schlechtbezahltesten der Branche gehören, forderten eine Lohnzulage von 1,— Mark pro Stunde, da sie eben einfach für den bisherigen Hungerlohn nicht mehr arbeiten können. Nach langwierigen Verhandlungen fällte der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch: Es soll eine sofortige Stundenzulage von 40 Pfg. und für die Monate November und Dezember je 10 Pfg. pro Monat zugelegt werden. Diesen Schiedsspruch hat die Arbeiterschaft abgelehnt, denn Herr Hoffmann, ein Erzreaktionär, erklärte, nur 20 Pfg. pro Stunde zu zahlen. Daß die Forderung der Streikenden eine wirklich bescheidene genannt werden muß, geht aus den bisher gezahlten Löhnen hervor. Es wurden folgende Löhne gezahlt: Stundenlohn 3,80 M. und 30 Pfg. Teuerungszulage, dazu eine Kopfzulage von 20 Pfg. für die Frau und von 10 Pfg. für das Kind, wenn mindestens 2 Kinder vorhanden sind. Die Unternehmer sträuben sich, diese geringe Lohnaufbesserung vorzunehmen. Der Fabrikbesitzer Hoffmann, einer der größten Scharfmacher am Orte, brauchte nur seinen Sektkonsum im Hotel „Zum Kronprinzen" etwas einzuschränken und die aus dem Blut und Schweiß der Arbeiter geschundenen Groschen für diese Lohnzulage zu verwenden. Die Arbeiter sehen auch hier wieder, wie man mit ihnen in dem „freiesten demokratischen" Staatswesen umspringt. Wenn die Ausständigen jedoch geschlossen bleiben und mutig ausharren, dann wird auch dieser Unternehmerhochmut gebrochen werden. Darum laßt Euch nicht auf Luhhandelei ein, steht fest wie eine Mauer und der Sieg wird Euer sein.

Striegau. Seit 27. Oktober streiken im Striegauer Kreise auf 15 Gütern die Landarbeiter. Der Streik scheint auch auf die Nachbarkreise überzugreifen. Die Landarbeiter wollen ihren Lohn, von dem sie weder leben noch sterben können, aufbessern und verlangten eine Teuerungszulage von 40—60 Pfg. pro Stunde, die „notleidenden" Agrarier wollten jedoch ganze 10 Pfg. pro Stunde bewilligen. Es herrscht dieserhalb große Empörung unter der Landarbeiterschaft.

Aus dem Waldenburger Revier.

Das Ortskartell Waldenburg

beschäftigte sich in der letzten Sitzung, am 24. Oktober, mit folgender Tagesordnung: 1. Porzellanarbeiterstreik. 2. Wahl eines 1. Vorsitzenden. 3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 teilte der Vorsitzende Hirsch mit, daß die Verhandlungen durch Schuld der Unternehmer gescheitert sind. Die Porzellankönige wollen den Streik zu einer Machtprobe des gesamten Ausbeutertums der Arbeiterschaft gegenüber kommen lassen. Er bat deshalb alle Delegierte, dahin zu wirken, daß den Porzellanarbeitern jede nur irgend mögliche moralische und finanzielle Unterstützung zuteil würde. Daß verschiedenen Gewerkschaftsangestellten nichts oder sehr wenig am Gesamtwohl der Arbeiterschaft liegt, ging aus dem 2. Punkt der Tagesordnung hervor. Der Betriebsrätesekretär Hirsch legte den Posten des 1. Vorsitzenden nieder wegen Ueberlastung (?) und weil verschiedene Gewerkschaftssekretäre ihm entgegenarbeiten. Uns Kommunisten kommt das nicht überraschend, schon vor einiger Zeit sagten wir dem Gen. Hirsch voraus, daß ihm recht bald der SPD.-Bannstrahl treffen würde, wenn er gegen die eigene Parteibürokratie zu Felde zieht. Er ist schon eingetroffen. Ob durch die Obstruktion gegen Hirsch die gesamte Arbeiterschaft Schaden hat, kümmert die Herren Gewerkschaftssekretäre wenig. Da den SPD.-Größen wenig an der Aufklärung dieser Sache lag, murkste der 2. Vorsitzende Brand die Debatte ab. Brand wurde daraufhin beauftragt, die Geschäfte des 1. Vorsitzenden zu führen. Kamerad Becker vom Bergarbeiterverband wurde neu in den Vorstand gewählt.

Unter Verschiedenem wurde auf Anregung des Musiker-Verbandes eine fünfgliedrige Kommission gewählt, dessen Aufgabe sein soll, die Gastwirte zu veranlassen, nur organisierte Musiker zu beschäftigen.

Für die Vereinigung zur Förderung der weltlichen Schule sollen die Gewerkschaften einen Beitrag entrichten.

Die Erwerbslosen führten Beschwerde, daß in vielen Betrieben Frauen beschäftigt werden, deren Männer ebenfalls voll beschäftigt sind.

Aus dem Kassenbericht war ersichtlich, daß ein Defizit vorhanden ist. Es ist zurückzuführen auf die den Porzellanarbeitern gewährte Unterstützung von 10 000 M., sowie auf den Umstand, daß die Bergarbeiter erst am Jahresschluß abrechnen.

Da die Veranstaltungen des Bildungsausschusses recht schwach besucht werden, will das Kartell in Zukunft von derartigen Veranstaltungen Abstand nehmen. Man hätte sich dabei einmal überlegen sollen, warum wohl die Arbeiterschaft hier ein so laues Interesse zeigt. Sicherlich hat man nicht den richtigen Ton getroffen.

Zum Schluß der Sitzung machte ein Kollege von der Post Mitteilung über ein Rundschreiben des Postministers Giesberts, in dem die Rechte der untersten Beamten stark beschnitten werden. Das Kartell solle da helfend eingreifen.

Versammlungskalender.

KPD. Breslau. Mittwoch, den 2. November, abends 7½ Uhr, bei Bräuer, Pöpelwitzstr. 36, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Referat des Gen. Staudke. 2. Verschiedenes. Alle Parteimitglieder müssen erscheinen.
Ortsleitung.

Breslau. Frauenversammlung Freitag, den 4. November, abends 7 Uhr, im Parteibüro. Sehr wichtige Tagesordnung, deshalb muß alles erscheinen.

Breslau, Distrikt 9a. Freitag, den 4. November, außerordentlicher Distriktsabend.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Wiederverkäufer!
Empfehle mich zum Bezuge guter
Kern-, Toilett-, Schmierseifen, Lichten, Streichhölzern, Weihnachtskerzen, Schuhkremen, bestem Leder- und Wagenfett, Oelen, Seifenpulver und Soda.
Musterversendung von 100 M. an per Nachnahme.
Preisliste gratis.
L. Lehnart, Breslau, Poststr. 7.

Dresdner Waldschmidt G.m.b.H. Schmiedebrücke
Graue Männer-Arbeits-Hemden
graues Trikotgewebe, Vorderschluß Stück . . Mk. 19.50